

# Arbeiter-Zeitung

**Du wirst belogen**  
von der bürgerlichen und  
sozialdemokratischen Presse  
Die nackte Wahrheit erfährst du  
in der „Arbeiter-Zeitung“

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-  
sprecher 43902. Postkontingent: Breslau  
Nr. 644. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Worben-  
haus), Fernsprecher 43902. Geschäftszeit der Redaktion: Montag bis  
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-  
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer  
Straße 50, Fernsprecher 43902.

## Neue Streikfliege gegen Lohnraub

### und Ausbreitung der Streikbewegung im Reiche

## Haut überall die Broden hin!

Berlin, 23. September. (Eig. Drahtber.) In mehreren Ber-  
liner Betrieben haben die Arbeiter durch die Streik- und Kampf-  
bereitschaft den angekündigten Lohnabbau restlos zurückgeschlagen.  
Die Belegschaft des Metallwerkes Kallmann erreichte durch einen rest-  
los durchgeführten Streik die bedingungslose Zurücknahme des an-  
gekündigten Lohnabbaus. Im Messingwerk Oberschöneweide und in  
der Metallwarenfabrik Emmrich & Schönemann genügte eine Streik-  
abstimmung der Belegschaft, daß die Direktion den angekündigten  
Lohnabbau zurücknahm. Die Arbeiter der Kunststeinwerke Gebrüder  
Frische traten gestern früh in den Streik, weil die Direktion einen  
Lohnabbau von 20 Prozent durchzuführen wollte. Am Nachmittag zog  
die Direktion ihren Anschlag zurück, worauf die Arbeit wieder auf-  
genommen wurde. Die 545 Arbeiter und Arbeiterinnen der Spinn-  
stoffabrik Schelenberg beschlossen einmütig, jeden Lohnabbau mit dem  
Streik zu beantworten.

Wuppertal, 23. September. (Eig. Drahtber.) Die Streiks  
in dem Werk Lippmann in Hagen-Hassel und im Metallwerk Rhein-  
hagen in Wuppertal-Alhonsbach haben mit einem vollen Sieg der  
Belegschaften geendet. Die Direktionen haben ihren Lohnabbau-  
anschlag zurücknehmen müssen. Außerdem wurden alle Arbeiter, die  
infolge des Streiks strifilos entlassen worden waren, wiederingestellt.

Leipzig, 23. September. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft  
der Püttler-Werkzeugmaschinen AG. ist gestern gegen den von der Direk-  
tion angekündigten Lohnabbau bei gleichzeitiger Verkürzung der  
Arbeitszeit geschlossen in den Streik getreten.

Hamburg, 22. September. (Eig. Bericht.) Die Geschäfts-  
leitung der Papierfabrik Fuchs in Hamburg-Langen-  
felde ließ am 16. September im Betrieb anschlagen, daß ab  
1. Oktober die überbetrieblichen Löhne gekürzt werden. Das hätte  
für die Angelernten eine Herabsetzung des Stundenlohnes von  
61 auf 50 1/2 Pfennig bedeutet. Am Montag, dem 19. September,  
trat die 130 Köpfe starke Belegschaft, meistens Arbeiterinnen, zu-  
sammen und wählte eine Delegation, die von der Geschäftsleitung  
die Zurücknahme des Lohnabbaus forderte. Die Betriebsleitung  
erwiderte, daß jeder, der nicht mit dem Lohnabbau einverstanden  
sei, am 30. September gehen könne. Daraufhin trat die Belegschaft  
in den Streik.

Arbeitslose von Gimsbüttel halfen den  
Streikenden sofort beim Streikpostenstellen.

Am 20. September forderte die Firma beim  
Arbeitsnachweis der Buchdruckereiarbeiter Arbeitskräfte  
an, doch kein Arbeitsloser ließ sich zum Streikbrecher  
machen.

Daraufhin kapitulierten die Firma. Alle Forderungen der Be-  
legschaft wurden bewilligt. Maßregelungen dürfen nicht vorge-  
nommen werden.

In der heute stattgefundenen Belegschaftsversamm-  
lung wurde der N.W. und der K.P.D. in Anwesenheit  
des reformistischen Gewerkschaftsvertreters der Dank  
ausgesprochen.

### Belegschaft Flechtner faßt Streikbeschlüß

Langenbielau, 23. September. Die Belegschaft des Textil-  
betriebes von Meyer Kaufmann — Belegschaft von 475 Mann —  
hat den am schwarzen Brett angekündigten Lohnabbau mit passiver  
Resistenz und die angedrohte striflose Entlassung mit dem geschlossenen  
Streik beantwortet. Die Belegschaft sammelte sich auf dem Fabrik-  
gelände, das letzte Belegschaftsmitglied war zur Stelle, und  
marschierte geschlossen unter dem Gesang der „Internationale“ aus  
dem Betrieb nach dem Versammlungsort. Dieses glänzende Beispiel  
revolutionären Kampfes hat unter den Textilproleten des Sulen-  
gebirges ein starkes Echo gefunden.

Die gestern nachmittag von den roten Betriebsräten einberufene  
Streikversammlung, hat acht Kollegen, darunter fünf Frauen, zur Er-  
weiterung der Streikleitung gewählt, die in der am Montag kommen-  
den Woche stattfindende Streikversammlung, einberufen vom D.T.B.,

bestätigt werden sollen. Diese Kollegen haben von der Versammlung  
auch den Auftrag bekommen, heute als Delegation, bei den Betriebs-  
räten von Dierig vorstellig zu werden und von ihnen die Mobili-  
sierung ihrer Belegschaft zur aktiven Solidarität zu fordern. Die in  
der Versammlung geführte Diskussion widerspiegelte den glänzenden  
Kampfsgeist unter den Streikenden. Für die Stärkung des Kampf-  
blübnisses mit den Erwerbslosen müsse alles getan werden, damit  
verhindert werde, daß die arbeitslosen Kollegen sich als Streikbrecher  
missbrauchen lassen.

Die Belegschaft des Textilbetriebes Flechtner hat gestern den  
Streikbeschlüß gefaßt.

Die gestern abgehaltene Solidaritätskonferenz für die Maßnahmen  
zur Einleitung der Solidaritätsaktion für die Streikenden. Überall  
müssen die Werttätigen auf die Sammellisten der K.P.D. zeichnen, die

## Polizei gegen streifende Jungarbeiter

Breslau, 23. September. Heute morgen sind alle 60 Jung-  
arbeiter, die an den Zwangskursen in der Gräbischer Straße teil-  
nehmen, geschlossen in den Streik getreten.

Nachdem bereits vorgestern der erste Kursus der Jungarbeiter  
in der Gräbischer Straße in den Streik getreten war, fanden gestern  
morgen vor dem Kursus große Diskussionen statt. Auch die Jung-  
arbeiter des zweiten Kursus schlossen sich der Kampffront an. Es  
sammelten sich eine Reihe von Jungerwerbslosen, die nicht am  
Kursus teilnahmen, gemeinsam mit den Streikenden, weil der Kampf  
gegen die Kurse ein gemeinsamer Kampf ist. Als die Lehrer  
Bratke und Kahle die Jungarbeiter, die vor dem Kursus dis-  
kutierten, sahen, wurde sofort die Polizei alarmiert und gegen die  
Jungarbeiter gehetzt. Eine wilde Jagd setzte gegen die Jungarbeiter  
ein, dabei wurden zwei verhaftet.

Die Teilnehmer des zweiten Kursus traten in passive Resistenz  
und forderten die sofortige Entfernung der Polizei. Fünf Jung-  
arbeiter wurden aus dem Kursus verwiesen und die Unterstützung  
geperrt. Mittags wurde sofort eine Versammlung organisiert und  
die Forderungen des zweiten Kursus aufgestellt. Vier Vertrauens-  
leute wurden gewählt.

Die Jungarbeiter beschlossen, nicht eher mit der Arbeit zu be-  
ginnen, bevor die Forderungen nicht erfüllt sind. Insbesondere wurde  
die Entlassung der beiden faschistischen Lehrer gefordert sowie die  
Weiterzahlung der Unterstützung an die fünf gemahregelten Kollegen.

Genau wie die Jungarbeiter gegen die Kurse streiken, müssen  
überall die jungen Arbeiter den Kampf gegen Lohnraub im Betrieb,  
gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen fauliche „Sport“-bewegung und  
Militarisierung der Jugend aufnehmen. In den antifaschistischen

Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern müssen Lebensmittel her-  
geben. Schafft in allen Orten und Betrieben Solidaritätsausschüsse!

### Passive Resistenz in Reichenbach

Reichenbach, 23. September. Die Firma West u. Naussauer  
hat auch auf dem schwarzen Brett einen 12 bis 18prozentigen Lohn-  
abbau bekanntgegeben. Am Dienstag früh wurden von Seiten der  
K.P.D. vor dem Betrieb Flugblätter verteilt, die die Kollegen zur so-  
fortigen Aufnahme des Kampfes aufgefordert hatten. Die Wirkung  
war die, daß die Belegschaft sofort in passive Resistenz trat. Nach  
drei Stunden kam der Gewerkschaftsführer Kinner und es gelang  
diesem Dem: gegen den Kampf vorläufig abzuwürgen.

Die Belegschaft des Betriebes von Fleischer hat sich mit 38 gegen  
15 Stimmen für den Streik entschieden. Die Direktion des Betriebes  
Cohn u. Co. mit 200 Mann Belegschaft, hat ebenfalls einen Lohn-  
abbau von 12 1/2 Prozent bekanntgegeben lassen.

### Lehrlinge stoßen zur Streikfront

Hamburg, 22. September. (Eig. Ber.) Seit fünf Tagen steht die  
Belegschaft der Metallfirma Kofe in Altona gegen einen 15prozen-  
tigen Lohnabbau im Streik. Die Streikfront ist jetzt durch das Ein-  
treten der Lehrlinge in den Kampf verbreitert worden. Gestern  
nahmen dieselben in einer Lehrlingsversammlung zu dem Streik der  
Gesellen Stellung und beschloßen einstimmig, unter Aufstellung eigener  
Forderungen, Seite an Seite mit den erwachsenen Arbeitern in den  
Streik zu treten. Die erste Forderung ist, daß die Lehrlinge in Zu-  
kunft nur bei Nacharbeiten beschäftigt werden dürfen, zweitens, daß  
ihnen drei Urlaubstage bezahlt werden, drittens, daß die Schultage  
bezahlt werden.

Die Streikbewegung gegen den Lohnabbau und die Notverord-  
nung greift weiter um sich. Schon sind Erfolge zu verzeichnen! In  
einigen Fällen wurden die Unternehmer gezwungen, durch die ent-  
schlossene, schnelle und mutige Kampfaufnahme den Lohnabbau zurück-  
zugeben.

Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben!  
Laßt euch durch die reformistischen Führer nicht abermals auf  
Arbeitsgericht und Volksscheid vertrusten!

Rehmt sofort in Betriebsversammlungen zu der Papenschen Not-  
verordnung und zum Lohnabbau Stellung! Wählt Kampfleitungen!  
Beschlüßt Streik!

## Sozialdemokratie gegen kommunale Unterstützung für die streifenden Textilarbeiter

Langenbielau, 23. September. Die kommunistische Stadtver-  
ordnetenfraktion hatte zu der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments  
rechtzeitig einen Antrag auf Gewährung von Unterstützungen für die  
Streikenden eingereicht. Der sozialdemokratische Stadtverordneten-  
vorsteher wies unter dem Protest der Kommunisten diesen Antrag  
„als nicht zuständig“ zurück. Der Antrag wurde durch diese Sabotage  
der Sozialdemokratie nicht auf die Tagesordnung gesetzt. So steht  
der „Volkskampf“ der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschafts-  
führer gegen Lohnabbau aus! Durch die aktive Solidarität aller  
Werttätigen für die Streikenden und ihre Familien müssen alle

schändlichen Pläne zerschellen. Wir bringen nachstehend den von den  
Kommunisten eingereichten Antrag:

„Allen ausgesperrten Textilarbeitern der Firma Meyer Kauf-  
mann wird für die Dauer der Aussperrung eine wöchentliche Not-  
standsbeihilfe in Höhe der Gehaltsätze der Wohlfahrtsunterstützung  
gewährt. Begründung erfolgt in der Menarfigung durch die  
Fraktion.

Langenbielau, den 20. September 1932.  
Kommunistische Stadtverordnetenfraktion.“

**Obwohl die, die die Arbeiterbewegung  
zur großen öffentlichen Massenversammlung  
am 25. September, Sonntag, 20 Uhr  
im großen Saal des „Schießwerder“**

Es spricht Karl Becker, M.D.R. über:  
**Einheitsfrontaktion**  
bricht faschistische Hunger-Diktatur,  
schafft Arbeit, Brot und Sozial

# Belegschaft Petersdorff stellt Ultimatum auf Zahlung des alten Lohnes

## Bei Ablehnung wird mit passiver Resistenz geantwortet

Breslau, 22. September. Seit 11 Tagen wird bei der Konfektionsfirma Petersdorff ein ungeheurer Lohnraub durchgeführt. In der Damenkleiderei wurde der Stundenlohn von 14 Pfg. auf 17 Pfg. herabgesetzt, sodas einzelne Kostgängerinnen mit 56 Mark in der Woche nach Hause gehen müssen. In der Herrenkleiderei wurde der Lohn von 22 Pfg. auf 17 Pfg. bzw. 18 Pfg. herabgesetzt. Entlassungen sind ebenfalls bedeutend gesenkt worden. Die Firma begründet den Lohnraub mit dem am 20./22. September 1931 in Dresden gefällten Schiedsspruch, der von dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband angenommen, vom Unternehmerverband aber abgelehnt worden ist. Die Verbindlichkeitsklärung ist deshalb nicht zustande gekommen, so daß ein tarifloser Zustand herrscht.

Eine ungeheure Empörung hat die gesamte Belegschaft der Firma Petersdorff, die Angestellten wie die Bekleidungsarbeiter ergriffen. Schon am Sonnabend, dem 17. September, wurde durch die Initiative der RGD. eine Belegschaftsversammlung durchgeführt, in welcher 30 Kollegen anwesend waren. Dort wurde der Beschluß gefaßt, die ganze Belegschaft für eine neue Versammlung zu mobilisieren. Diese neue Versammlung fand am Mittwoch, dem 21. September, statt, bei der circa 80 Belegschaftsmitglieder anwesend waren. Die Versammlung war von entschlossenem Kampfeswillen getragen; sie wählte eine Lohnkommission, der sich auch die Gewerkschaftsvertreter anschließen mußten. Der Vertreter des DVA. versuchte die Kampfstimmung durch verschiedene Bedenken, die er vorbrachte, zu lähmen, was aber an dem entschlossenen Willen der Belegschaft scheiterte. Da der Vertreter der christlichen Gewerkschaften glaubte, sich dem Kampf vorläufig noch nicht anschließen zu können — die Anweisung der Zentrale sei bei ihm noch nicht angekommen — erwiderte ihm ein Kol-

lege der christlichen Gewerkschaften in der Diskussion, daß auch die christlichen Gewerkschaften sich dem Kampf anzuschließen hätten, Schiedsspruch, der von dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband angenommen werden würde.

Die gewählte Lohnkommission hat folgende Zusammensetzung: Christliche Gewerkschaft zwei Kollegen; Christliche Gewerkschaft vier Kollegen; RGD. zwei Kollegen, wovon einer im DVA. und einer bei den Christen organisiert ist; RGD.-Mitglieder vier, von denen drei im DVA. und einer im Christlichen Arbeiterverband organisiert sind.

Es wurde folgende Resolution angenommen:  
„Die am 21. September in einer Betriebsversammlung zusammengekommenen Betriebsarbeiter und Angestellten der Firma Petersdorff beschließen:

Die heute gewählte Lohnkommission erhält den Auftrag, im Namen der Belegschaft die Lohnverhandlungen zu führen. Sollte der Unternehmer die Verhandlungen ablehnen oder nicht bereit sein, den alten Lohn weiterzuzahlen, so beschließt die Belegschaft, in einem solchen Fall in passiver Resistenz zu treten und behält sich weitere Verschärfung ihrer Maßnahmen vor.“

Den ersten Schritt im Kampf gegen den Lohnraub hat die Belegschaft getan. Es gilt jetzt auch die restlichen Angestellten und auch die Heimarbeiter von der Firma Petersdorff für den Kampf zu mobilisieren und so auf breiter Grundlage die Einheitsfrontaktion herzustellen, um den Lohnraub erfolgreich abzuwehren. Kühn und mutig die Offensive durchgeführt, sichert auch der Belegschaft den Sieg!

# Teilerfolge durch Streiks

Hamburg, 22. September. (Fig. Ber.) Das Lederwerk Hallenstein & Co. in Krempe bei Tjeboe hat vor zwei Tagen bei 120 Mann starken Belegschaft durch Anschlag einen fünfprozentigen Lohnabbau diktiert. Die Belegschaft nahm zu diesem Vorschlag der Firma sofort Stellung und beschloß mit 110 gegen 8 Stimmen, der Firma ein Ultimatum zu stellen: entweder Zurücknahme des Lohnabbaues oder Streik der Belegschaft. Daraufhin hat die Firma den Lohnabbau zurückgenommen. Gestern morgen wurde jedoch zur Frühstückspause wiederum ein Anschlag herausgebracht, in dem der fünfprozentige Lohnabbau erneut bekanntgegeben wurde. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Direktion inzwischen mit dem Sekretär des Lederarbeiterverbandes in Neumünster, Richter, telefonisch gesprochen. Daraufhin ist die Belegschaft nach der Frühstückspause sofort in passiver Resistenz getreten. In der gestern nachmittags im Betrieb abgehaltenen Betriebsversammlung wurde einstimmig beschlossen, gegen diesen Lohnabbau in den Streik zu treten. Die Arbeit wurde nicht wieder aufgenommen.

Die Kunstbänder-AG. „Athena“ in Brunsbüttelkoog hat durch Anschlag einen zwölfprozentigen Lohnabbau angekündigt. Die 160 Mann starke Belegschaft hat gestern in zwei Betriebsversammlungen zu diesem Lohnabbau Stellung genommen. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, der Direktion das Ultimatum zu stellen: Zurücknahme des Lohnabbaues, sonst Streik. Daraufhin erklärte die Direktion, daß sie für diese Woche von der Lohnkürzung absehen würde. Die Arbeiter sind nach wie vor in tiefster Empörung.

# Auch die Landarbeiter streiken

Auf dem Gut Madrense bei Greifenhagen zahlte die Gutverwaltung den Kartoffelbuddlern den erbärmlichen Lohn von 6 Pfg. pro Kiepe. Unschönem ermutigt durch den allgemeinen Angriff auf die Existenz der Arbeiter, wie sie das Papen-Programm vorhielt, wollte die Gutverwaltung diese Hungerlöhne noch um 33 Prozent kürzen, also nur noch 4 Pfg. pro Kiepe zahlen. Die Arbeiter legten daraufhin kurz entschlossen die Arbeit nieder und traten in den Streik. Als der Gutsherr die Entschlossenheit der Belegschaft sah, gab er nach und verpflichtete sich 10 Pfg. pro Kiepe zu zahlen und außerdem jedem Arbeiter pro Woche einen Zentner Kartoffeln zu geben. Auch von der verbotenen Maßregelung eines Arbeiters mußte der Gutsherr Abstand nehmen.

Landarbeiter! Lernt aus diesem Beispiel! Wählt sofort auf allen Gütern Vertrauensleute! Bereitet den Kampf vor!

# Was tun SPD. und DGB.?

Die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Legitimer Arbeiterverbandes haben mit der Geschäftsleitung der Norddeutschen Wollkämmerei, Delmenhorst, einen neuen Lohnvertrag abgeschlossen.

Die neuen Löhne wurden am 17. September im Betrieb angehängt, sie bringen einen durchschnittlichen Lohnabbau von 11 Prozent.

Für die graphischen Hilfsarbeiter hat der Schlichter Rimmich einen ungeheuerlichen Lohnabbau-Schiedsspruch gefällt.

In der Versammlung der Berliner Funktionäre des Hilfsarbeiterverbandes am 20. September erklärte der sozialdemokratische Vertreter des Hauptvorstandes, der Vorstand ersuche die Mitglieder, von der Ergreifung von Kampfmaßnahmen Abstand zu nehmen.

SPD.-Arbeiter, Gewerkschafter! Wir fragen euch: Sind diese Taten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht eine direkte Unterstützung der Politik der Papen-Regierung? Seid ihr nicht auch der Meinung, daß die Löhne schon längst unerträglich tief gesenkt wurden und daß jeder Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abgewehrt werden muß?

Beteiligt euch mit uns an der Einheitsfront-Aktion gegen die Lohnabbau-Offensive!

# Hufemann will zurück zu Brüning

## Amsterdamer Tagung und die Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens

Auf der Londoner Tagung der Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale wurden die ollen Kamellen von der Ratifizierung des Genfer Arbeitszeit-Abkommens aus den Ästen ausgegraben. Bekanntlich wurde im Jahre 1931 auf der Tagung des Genfer Arbeitsamtes ein sogenanntes Arbeitszeitübereinkommen für den Kohlenbergbau getroffen, das in allen Ländern die 7 1/4-Stunden-Schicht als gesetzliche Arbeitszeit eingeführt werden soll. Zu dieser 7 1/4-Stunden-Schicht täglich können noch 60—120 Ueberstunden hinzugegerechnet werden. Das Genfer Arbeitszeitabkommen bedeutet Beibehaltung der gegenwärtigen Schichtzeit in Spanien, wo die Bergarbeiter die 7 1/4-Stunden-Schicht bereits erlumpft haben, sogar eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Außer Spanien hat bis jetzt kein Land dieses Abkommen ratifiziert. Darob sind nun die Führer der Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale sehr erbost. Sie können nicht verstehen, wie die kapitalistischen Regierungen einfach das Genfer Gesetzbuch nicht ratifizieren. Hufemann, der Vorsitzende des Bergbau-Industriearbeiterverbandes in Deutschland, sagte auf der Londoner Tagung, daß die Brüning-Regierung die Absicht gehabt habe, das Genfer Abkommen zu ratifizieren. Mit der neuen Regierung sei jedoch über das Bergbauproblem nicht zu diskutieren. Aber sobald in Deutschland eine stabilere Regierung („zurück zu Brüning“) vorhanden ist, so werden sie die Ratifizierung des Genfer Abkommens anstreben.

Die Liebe des Herrn Hufemann zu Brüning ist bemer- kenwert. Ob die Bergarbeiter, vor allem die Mitglieder des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, auch so ein Zutrauen zu Brüning haben? Wir glauben nicht! Im Gegenteil, die Bergarbeiter wissen, daß die Brüning-Regierung die Regierung zur Durchführung der schändlichen Diktatur in Deutschland war und daß Brüning die Voraussetzung für die Papen-Regierung, die Regierung der schändlichen Diktatur, geschaffen hat. Ohne Brüning kein Papen! Die Bergarbeiter wissen auch, was ihnen Brüning vom Lohn geraubt hat. So wurde den Bergarbeitern in Deutschland in der Brüning-Ära der Tariflohn um 23 Prozent gesenkt und radikal die überörtlichen Löhne abgebaut. Brüning verordnete den 12prozentigen Raub an den Knappschaftsrenten, diktierte die Verringerung der Krankenscheine und Aktie und führte die Bürgersteuer ein. Unter der Ära eines Brüning wurde das Einkommen der Bergarbeiter um über 40 Prozent gekürzt.

Die Brüning-Regierung, die nach Meinung Hufemanns, die Ratifizierung des Genfer Arbeitszeit-Abkommens vernachlässigte, und es lediglich vergessen hat, war es, die das schändliche Mehrarbeitszeitabkommen für die Bergarbeiter, wodurch den Kumpels trotz Feiertagen und Massenentlassungen eine Stunde pro Schicht Ueberarbeit diktiert wird, immer wieder durch Notverordnungsentscheidungen verlängerte. Die Bergarbeiter in Deutschland blicken auf eine weitere Brüning-Regierung, genau so wie sie pfeifen auf eine Papen-Regierung.

Aber Hufemann will zurück zu Brüning, wo man angeblich die Ratifizierung des Genfer Abkommens erleben kann. Herr Hufemann hat sich schon sehr viel vorgenommen. Das Erleben wird er hoffentlich noch erleben. Als feinerzeit das Genfer Arbeitszeitabkommen abgeschlossen wurde, erklärte der Reichswirt des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, Dr. Berger, daß, wenn es gut geht, höchstens alle fünf Jahre durch das Genfer Arbeitsamt eine fünfjährige Verlängerung der Arbeitszeit eintreten kann. Aber da müßte das jetzige Abkommen sofort ratifiziert werden. Jetzt sind bereits zwei Jahre verstrichen und dieses Abkommen ist noch nicht ratifiziert. Hufemann will sogar noch bis zur nächsten Brüning-Regierung warten. Auch wenn man davon abieht, daß das Genfer Arbeitszeitabkommen in Wirklichkeit keine Verlängerung der Arbeitszeit bringt, so beweist allein die Tatsache, daß bis jetzt, außer Spanien, kein Land dieses Abkommen ratifiziert hat, daß durch Genf niemals eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit kommen wird. Sich auf Genf verlassen, bedeutet die verlängerte Schichtzeit verewigen.

Aber die Verlängerung der täglichen Schichtzeit ist für die Bergarbeiter eine dringende Angelegenheit. Sie können nicht mehr warten. Weil der Raubwille für Verlängerung der Arbeitszeit unter den Bergarbeitern so stark ist, deshalb wollen die reformistischen Führer die Bergarbeiter auf das Genfer Arbeitszeitabkommen verzichten und neue Illusionen erwecken. Sie wollen damit die Kumpels vom Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich abhalten. Diesem Zweck dient auch die Londoner Tagung der Amsterdamer Internationale.

Uebrigens lassen Hufemanns Ausführungen („zurück zu Brüning“) auch eindeutig erkennen, wie diese Gewerkschaftsführer sich den Kampf gegen den jetzigen brutalen Lohnraub in Deutschland und gegen die Papen-Lohnabbau-Notverordnung denken. Zurück zu Brüning, zurück zu einer „stabilen“ Regierung, — ist ihre Lösung. Bis dahin werden die Unternehmer und die Papen-Regierung ihren Lohnabbau durchgeführt und ihr Ziel erreicht haben.

Wenn die Amsterdamer Internationale wirklich eine Internationale der Bergarbeiter wäre, dann hätte sie während des belgischen Bergarbeiterstreiks, und zwar auf Grund des brutalen Lohnraubvertrages in Deutschland, den aktiven Solidaritätsstreik der

deutschen Bergarbeiter um eigene Forderungen erklären müssen. Statt dessen haben sie die Tagung der Amsterdamer Internationale vom 2. August auf den 13. August hinausgeschoben, um sich so vor einer positiven Stellungnahme zum belgischen Bergarbeiterstreik herumzubriden. Diese Führer witterten schon auf Grund dieses belgischen Streikes wieder gute Konjunktur für ihre nationalen Grundkapitalisten.

Die Londoner Tagung der Amsterdamer Internationale bestätigt aufs neue die vollkommene kapitalistische Verhumpfung dieser reformistischen Führer. In den Zustellen des Bergbau-Industriearbeiterverbandes muß zu dieser Tagung Stellung genommen werden. Dasselbe auch in den Belegschaftsversammlungen. Je klarer und eindeutiger wir die Londoner Tagung auszuweisen, desto bessere Möglichkeiten werden geschaffen, um die kämpfende Einheitsfront in den Gruben zu verwirklichen. London hat bestätigt, daß nur unter Führung der revolutionären Gewerkschafter die Kämpfe der Bergarbeiter gegen Lohnraub ausgefohrt und geführt werden können.

# Proteste an das Berliner Sondergericht

Die Rote Hilfe teilt mit:

Aus der bisherigen Verhandlung hat sich ergeben, daß der Vorsitzende des Berliner Sondergerichts gegen die neun Charlottenburger jungen Antifaschisten die eingelaufenen Protestbriefe und -telegramme nicht bekannt gibt. Darum müssen alle Proteste — ob durch Telegramm oder Brief — nur noch an folgende Adresse geschickt werden: Rechtsanwalt Dr. Litten, Sondergericht Berlin-Moabit.

# Der dritte Verhandlungstag im Prozeß Röntgenstraße

# Durch Zeugenaussagen einwandfrei erwiesen, daß die Nazis geschossen haben!

Berlin, 23. September. (Fig. Drahtbericht.) Der dritte Verhandlungstag im Sondergerichtsprozeß Röntgenstraße, hat die Anklage der Staatsanwaltschaft wiederum auf das schwerste erschüttert. Die Nazis, von welcher Seite aus in der Röntgenstraße geschossen wurde, ist jetzt so gut wie geklärt. Nach mehreren übereinstimmenden Aussagen von verschiedenen Zeugen, ist nur von der Straßenseite her, wo sich das SA-Polizist befindet, auf die gegenüberliegende Seite geschossen worden.

Die Zeugin, Vorbesetzungshilfen Brand, erklärt, daß sie sofort ans Fenster sprang, als sie den ersten Schuß hörte. Sie erklärte, auf der gegenüberliegenden Seite deutlich das Aufschlagen von Mägen gesehen zu haben. Die weiter vernommenen Nazizeugen verwideln sich bausend in Widersprüche. Unter diesen Zeugen sind solche, die die Anklagen bei der Polizei denunziert haben. Aber diese Denunzianten haben selbst nichts gesehen, sondern erklären jetzt vor Gericht, andere hätten ihnen erzählt, daß der und der dabei gewesen sei. Ein Zeuge von Unruh behauptet, daß nur von der Seite des Röntgenpolizisten als Schützen an seiner Nase wieder erkennen. Nach Behauptung des Zeugen, hätte Calm an dem fraglichen Abend eine Wäse angehabt. Es ist aber bekannt, daß Calm ohne Kopfbedeckung war. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

# Arbeiterinnen durchtrennen Bonzenbetrug

Hamburg, 22. September. (Fig. Ber.) Die Direktion der Zuteilspinnerei Billstedt will einen neuen einschneidenden Lohnabbau von mehr als 30 Prozent durchführen. Am 19. September wollte die 328 Mann starke Belegschaft zum Lohnabbau Stellung nehmen. Die Firma lehnte die Abhaltung einer Betriebsversammlung ab. Kurz entschlossen legten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder und schalteten die Maschinen aus. Nach einer halben Stunde erklärte sich die Direktion mit einer Betriebsversammlung für den 20. September einverstanden.

Demonstrativ hatte die Belegschaft die Betriebsversammlung in die Arbeitszeit von 2 bis 3 Uhr verlegt. Während dieser Zeit trufte

die Arbeit vollständig. Auch der Vertreter der Direktion nahm an der Betriebsversammlung teil. Auch der Verbandsvorsitzende Thiessen war plötzlich da. Eine Aufforderung des Betriebsratsvorsitzenden an die Direktion, die Betriebsversammlung zu verlassen, damit eine Beeinflussung der Arbeiterinnen ausgeschlossen sei, wurde von dem Vertreter der Direktion nicht beachtet. Auf die Forderung der Belegschaft, keinen Lohnabbau vorzunehmen, antwortete der Vertreter der Direktion kategorisch:

„Wir richten uns nach dem Gesetz, und die Notverordnung ist Gesetz, und deshalb werden wir nach Gesetz und Recht die Löhne herabsetzen.“

Die Belegschaft war über diese provokatorische Antwort empört. Die Mehrheit erkannte, daß es hier nur einen Weg gab: Offener Kampf und Streik. Jetzt trat Thiessen auf. Er sprach gegen den Streik und hatte die Freiheit, folgendes zu sagen:

„Da der Lohnabbau erst von der 30. Arbeitsstunde einsetzt und ihr 45 Stunden im Betrieb arbeitet, schlage ich vor, eine Urabstimmung im Betrieb vorzunehmen unter der Fragestellung: Entweder 30 Stunden für den alten Lohn oder 45 Stunden für den Lohn nach der Notverordnung.“

Es gelang dem Bonzen, die Belegschaft zunächst mit diesem unangenehmen Vorschlag zu verwirren. Doch die Aufklärungsarbeit der RGD. setzte ein.

In einer Urabstimmung beschloß die Belegschaft mit überwältigender Mehrheit, den Kampf gegen jeden Lohnabbau anzunehmen.

Heute früh trat die Belegschaft geschlossen in den Streik. Nach jeder der drei Schichten fand eine Betriebsversammlung statt. Die Belegschaft erkannte den Verrat der Reformisten, wollte von ihnen nichts mehr hören und forderte Vertreter der RGD. als Sprecher in den Versammlungen an. Unter stürmischer Zustimmung zu den Ausführungen derselben wurde einstimmig in allen drei Betriebsversammlungen der Streik beschlossen und heute morgen geschlossen aufgenommen. Ein Streikauschuß, in der Mehrzahl aus Arbeiterinnen bestehend, wurde gewählt, ebenso ein Solidaritätsauschuß.

## Die Genet von Nanjing senden eine Note an die Imperialisten

Die Kuomintangregierung hat an alle imperialistischen Mächte eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt: „Japans Anerkennung der von ihm geschaffenen Puppenregierung in der Mandchurei fand statt in dem Augenblick, als der vom Völkerbund in Verfolg des Beschlusses vom 10. Dezember ernannte Untersuchungsausschuss gerade seine Untersuchungen beendet hatte und als der Völkerbund im Begriff stand, auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen Vorschläge für die Lösung des Konflikts zu machen. Ein solches Vorgehen von Japan steigert seine Schuld ins Ungemessene und verhöhnt die Autorität des Völkerbundes, dessen Urteil unbedingt auf Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit basieren wird.“

Die Genet von Nanjing versuchen also, das chinesische Volk immer noch über die wahre Rolle des Völkerbundes zu täuschen und es damit vom wirklichen antiimperialistischen Volkskampf zurückzuhalten.

## Das Beispiel von Birkenhead zündet

### ErwerbslosenDemonstrationen in London

London, den 22. September. Nachdem die Arbeitslosen von Birkenhead durch ihren Massenkampf und durch einen ständigen Straßenkampf mit der Polizei bedeutende Erfolge errungen haben, folgen auch die Arbeitslosen von London dem heldenmütigen Beispiel ihrer Brüder aus Birkenhead. Am Dienstag kam es in London zwischen 6000 Arbeitslosen und 100 Polizisten im Londoner Stadtteil Westham zu einem Zusammenstoß. Die Arbeitslosen waren vor dem Rathaus aufmarschiert, um gegen die Kürzung der Unterstützungssätze zu protestieren. Dort wurden sie von Polizisten aufs brutalste angegriffen. Die Demonstranten setzten sich jedoch mit großem Mut zur Wehr, im Verlauf des Zusammenstoßes wurden zwei Polizisten und sechs Arbeiter verletzt. Der Verkehr wurde über eine Stunde lang aufgehalten. Die Demonstration marschierte dann geschlossen ab und veranlaßte auf einem nahegelegenen Platz eine Massenversammlung, an der auch viele Betriebsarbeiter mitteilnahmen.

## Gewaltiger Aufschwung des Hochschulwesens in der Sowjetunion

### Ein Erlass über Reorganisation

In einem neuen Erlass der Sowjetregierung werden die Richtlinien für die Reorganisation der Hochschulen, insbesondere der technischen Schulen höherer und mittlerer Stufe, veröffentlicht. Wie in dem Erlass festgestellt wird, hat sich die Reorganisation im Zusammenhang mit den gestiegenen Anforderungen, die die wachsende sozialistische Industrialisierung des Landes mit sich bringen, notwendig erwiesen. Der Nachdruck wird vor allem auf eine stärkere Anlehnung an das praktische Studium in den Großbetrieben und auf die Spezialisierung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Allgemeinbildung gelegt. Vorgezogen ist eine Verlängerung der Studienzeit und die Gründung von höheren Lehranstalten unmittelbar in den Industriebezirken. Die Lehrmethoden sollen stärker als bisher die Fähigkeiten des einzelnen berücksichtigen. Auch die Initiative soll geweckt werden. Eingeführt wird weiter eine Kontrolle der Leistungen der Studenten und eine Prüfung vor Eintritt in die Hochschule. Schließlich soll eine bessere Auslese von Lehrkräften unter den hochqualifizierten Spezialisten getroffen werden. Für die Technischen Hochschulen wird beim Zentralkomitee der Sowjetunion ein besonderer Ausschuss gebildet.

In dem vorerwähnten Erlass wird auch noch festgestellt, daß sich die Zahl der Technischen Hochschulen und Techniken seit 1928 verdreifacht hat und jetzt 400 bzw. 1600 beträgt. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Studenten dieser Lehranstalten verdreifacht und verdreifacht und beträgt zur Zeit insgesamt 1,5 Millionen. Was die Spezialisten mit Hochschulbildung und

# Litwinow brandmarkt „Abrüstungs“Schwindler

## Das Büro der „Abrüstungs“konferenz tagt — Sozialdemokrat will unter allen Umständen dem Betrug der Abrüstungskomödie fortsehen

Genf, 22. September. Gestern wurde die Sitzung des Büros der „Abrüstungs“konferenz unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Henderson eröffnet. Der deutsche Vertreter schloß gemäß der Ankündigung der deutschen Regierung.

Gleich zu Beginn der Sitzung unternahm der Vertreter der Sowjetunion, Genosse Litwinow, einen energischen Vorstoß gegen die „Abrüstungs“Schwindler, die erneut versuchen wollen, ihr leeres Geschwätz über die berüchtigte Benesch-Resolution fortzusetzen, die alles andere, nur keine Abrüstung vorsieht.

Genosse Litwinow erklärte, man könne nicht, wie das in dem Arbeitsprogramm der Konferenz vorgesehen sei, mit Fragen zweiter Ordnung beginnen, die ein bequemes Weiterrollen in den ausgefahrenen Bahnen ermöglichen, sondern man müsse, da man an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt sei, nun wirklich auf die entscheidenden Fragen losgehen, und zwar in erster Linie auf die Frage der quantitativen Abrüstung. Wenn man auf diesem Gebiet zu einem tatsächlichen Ergebnis gelange, was jedoch nach dem bisherigen Resultat der Abrüstungskonferenz unwahrscheinlich sei, dann bestehe auch am ehesten die Hoffnung der Wiederteilnahme Deutschlands.

Die übrigen Delegierten der imperialistischen Mächte lehnten natürlich diesen neuen Abrüstungsvorstoß des Genossen Litwinow ab, und Benesch verteidigte seinen Resolutionsentwurf. Noch

einmal brandmarkte Genosse Litwinow die verlogenen Phrasen der Abrüstungsschwindler, als die Debatte auf die Frage der „Kontrolle“ kam. Genosse Litwinow erklärte voll Hohn, es habe doch wirklich keinen Zweck, über „Kontrolle“ zu sprechen, solange noch gar keine Abrüstungsverpflichtungen da wären, deren Durchführung zu kontrollieren wäre.

Der Sowjetvertreter in Genf hat damit getreu der bisherigen unerschütterlichen Friedenspolitik der Sowjetunion die Forderungen der werktätigen Massen der ganzen Welt auf wirkliche Abrüstung vorgebracht, und die Ablehnung auch dieser neuen Sowjetvorschläge zeigt klar und eindeutig allen Werktätigen, daß die imperialistischen Mächte an eine Abrüstung überhaupt nicht denken.

Der sozialdemokratische Vorsitzende Henderson zeigte während der Sitzung des Büros den feiten Willen, den baukranken Abrüstungsschwindel weiter fortzusetzen. Die Frage des deutschen Fernbleibens von der Abrüstungskonferenz wurde von Henderson nur so behandelt, daß er das Schreiben des deutschen Außenministers und seine Antwort verlas. Er ersuchte, eine Diskussion über die Frage nicht vorzunehmen. Die Absicht ist ganz klar: Henderson will in den nächsten Tagen mit dem Außenminister der Papen-Regierung in Genf verhandeln, um ein Kompromiß zu finden, damit Deutschland sich wieder an der Abrüstungskonferenz beteilige.

# Regierungskrise in Ungarn

## Ein Symptom der Erschütterung des faschistischen Regimes

Budapest, 22. September. Die ungarische Regierung Karolyi hat dem Reichsverweser Horthy die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht.

Der Rücktritt der ungarischen Genetregierung Karolyi ist ein Symptom der tiefgehenden Erschütterung des faschistischen Systems in Ungarn. In erster Linie ist es die gewalttätige Verschärfung der Agrarkrise, die unter den werktätigen Massen der Landbevölkerung geradezu verheerend wirkt. Diese Agrarkrise und die großgrundbesitzliche Politik des ungarischen Faschismus hat in den letzten Wochen bereits zu einer Reihe von Niederlagen der Regierungspartei bei Kommunalwahlen usw. geführt.

Um das völlig erschütterte Prestige der faschistischen Regierungspartei auf dem Lande wieder etwas zu festigen, mußte Karolyi fallen. Es ist selbstverständlich, daß auch jede andere kapitalistische Regierung, die der Regierung Karolyi folgen wird — man spricht von einer Regierung Keresztes oder gar Bethlen — ebensowenig die Schwierigkeiten des ungarischen Kapitalismus beseitigen kann, sondern genau dieselbe Politik der Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen fortsetzen wird.

Unsere tapfere illegale Bruderpartei, deren Einfluss im letzten Wachen begriffen ist, zeigt den werktätigen Massen der Landbevölkerung und dem Industrieproletariat den einzigen Ausweg im Sturz der faschistischen Machthaber und der Aufrichtung der Räteregierung.

mittlerer Schulbildung betrifft, so ist ihre Anzahl seit 1929 von 57 000 auf 55 000 auf 216 000 bzw. 288 000 gestiegen. Bemerkenswert ist auch die soziale Umschichtung in den Hochschulen der Sowjetunion, deren Hörer heute zu 90 Prozent der Arbeiterklasse entstammen.

## Die Angst vor der Agrarrevolution in Spanien

### Die Karikatur einer „Agrarreform“ von den Cortes beschlossen

Die verfassungsgebenden Cortes haben einen Beschluß angenommen, wonach die Güter derjenigen Adligen, die unter der Monarchie den Titel „Grande“ führten, enteignet werden.

Die bürgerliche und besonders die sozialdemokratische Presse macht großes Aufheben von dieser angeblichen Agrarreform in Spanien. Der Ministerpräsident Azana brachte es sogar fertig, diesem Beschluß „revolutionäre Wirkungen“ zuzuschreiben.

In Wirklichkeit ist dieser Beschluß der Cortes alles andere, nur keine Agrarreform. Die tiefsten Güter aller übrigen Adligen

außer den Grandes, bleiben weiter im Besitz der Großgrundbesitzer. Der Beschluß der Cortes ist lediglich diktiert von der Angst vor der Agrarrevolution, deren Ausbreitung sich in den immer heftiger werdenden Bauernunruhen, ja sogar Bauernaufständen zeigt. Die Bauern aber fordern die entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an die Landarmen. Die Karikatur einer „Agrarreform“, die von den Cortes jetzt beschlossen wurde, soll versuchen, diesen Kämpfern die Spitze abzubiegen und die Bauern der Früchte ihres Kampfes zu berauben.

Die werktätigen Bauernmassen erkennen immer klarer, daß die bürgerliche Republik unfähig ist, das Landproblem zu lösen. Vom ersten Tage ihres Bestehens an verkündete die spanische bürgerliche Republik, daß sie das Privateigentum als heilig betrachtete. Die herrschenden Klassen Spaniens glauben, durch ein lächerliches Konzessionsnächchen die Entwicklung der Agrarrevolution aufhalten zu können. Sie werden mit Schrecken erleben müssen, daß dieses Konzessionsnächchen nur Del auf den Brand gießt, der Massenkampf der Bauern und des Landproletariats zu einer riesigen Welle anschwellen wird, die die kapitalistische Republik unter ihren Fluten begräbt und die Voraussetzungen schafft zur Errichtung der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern.

# Paul Csihajda's Kampf

Emil Madarász

### 1. Fortsetzung

„Gestatten Sie, Genosse, Ihnen zu erklären, daß ich zwar ein echter revolutionärer Kommandeur bin, von einem wissenschaftlichen Bilde aber gar keine Vorstellung habe. Ich sage zum Beispiel: Alle Macht den Sowjets! Aber warum, weshalb? Oder: ein Genosse kommt zu mir und fragt mich: „Genosse Csihajda, womit begründen Sie Ihre Meinung über den Angriff der rumänischen Imperialisten auf die ungarischen Räte?“ — und ich, ich verstehe selbst nicht, warum der Angriff der Rumänen — ein imperialistischer ist — und was das eigentlich für ein Ding ist — dieser Imperialismus?“

„Was wahr ist, ist wahr“, antwortete der Bataillonsführer. „Ich nehme Ihren Vorschlag an und werde noch heute mit dem Kriegskommissar darüber sprechen.“

Noch am selben Tage konnte Paul Csihajda der ersten Rote über das kommende Ereignis berichten, das zu einer der wichtigsten Etappen in der Geschichte des ersten ungarischen roten Matrosenbataillons werden sollte.

Es verging nicht ganz eine Woche und der „Genosse Marxist“ kam an. Es wurde ein Lehrplan aufgestellt, Bücher verteilt; schwere ausländische Worte, bisher unbekannte Ausdrücke und ungewöhnlich komplizierte Sätze schwirren in der Luft. Die Tafel an der Wand bedeckte sich mit Zahlen.

„Die ökonomische Lehre von Marx“, murmelte Csihajda und streckte sich völlig erschöpft von dem vierstündigen Lernen auf seinem Strohsack aus. „Der Wert... Die Warenproduktion... Die Ware... Zum Teufel!... Man kann verrückt werden!“

Er blätterte wieder in seinen Aufzeichnungen und las. Seine große harte Faust umklammerte einen kleinen Bleistift. Nach einer Stunde erhob er sich und ging ins Nebenzimmer. Die Matrosen saßen um einen Tisch und blüffelten. Einige lagen auf ihren Britischen und waren in Lehrbücher und Notizen vertieft. Andere

spazierten zu dritt und zu viert im Zimmer auf und ab. Sie und da konnte man hören: „Tauschwert“, „Ware“, „Kauf“. Die meisten höfchten. Leise brach die sommerliche Abenddämmerung an.

Csihajda blieb in der Mitte des Zimmers stehen und sah sich seine Leute an. Er blüffte lange um sich und sagte schließlich:

Wenn es euch, liebe Genossen, einfallen sollte, mich zu fragen, wozu wir uns den Kopf über Dinge zerbrechen, die vielleicht nur Manufakturwarenhändler interessieren, so müßte ich euch folgendes antworten: Meine lieben und mutigen Genossen, ihr habt oft euer Leben für die Sache der Revolution aufs Spiel gesetzt, aber ihr irrt euch sehr, wenn ihr glaubt, daß man diese Revolution nur mit Gewehren und Handgranaten retten kann! Nun, die Rumänen und Tschechen haben wir verhauen. Die Konterrevolution mit ihren Grafen und Kulaken haben wir niedergeschlagen. Aber was werdet ihr weiter machen? Die Gemüsegärten bewachen? Oder wollt ihr euch als Museumsdiener anstellen lassen? Und wer, wenn nicht der Arbeiter und der Armbauer wird den Staat regieren? Und da möchte ich euch, Matrosen der ersten Rote des Matrosenbataillons, fragen: wie soll der Arbeiter und Bauer den Staat regieren, wenn er nichts anderes kennt, als die Schaufel und die Feile?

Die Matrosen blüfften verblüfft und abwartend auf Csihajda. Eine tiefe Bahkstimme sagte:

Wir müssen lernen!

Csihajda ergriff diese Gelegenheit:

Ganz richtig, Tutora, wir müssen lernen! In den Händen Tutoras — ein Gewehr und im Kopfe — ein klares kommunistisches Bewußtsein und Wissen, so blühend wie Messing. Und wenn das so sein wird, dann Genossen, dann wird die ungarische Division der russischen roten Division über die Karpaten entgegenmarschieren. Genosse Bela Kun wird uns voranschreiten und wird Meldung erstatten:

Genosse Lenin, ich melde: die ungarische Sowjetrepublik schießt sich an...

Alle verstummten. Jemandem wiederholte: „Genosse Lenin, ich melde“ und plötzlich erscholl eine Stimme vom Fenster:

Wenn wir die gegenwärtige Gesellschaft betrachten, sehen wir, daß ihr Reichtum aus Waren besteht...

Csihajda wurde aufmerksam. Er versuchte sich an die Fortsetzung zu erinnern und brummte in den Bart:

Die Ware ist ein Ergebnis an die Produktion, das nicht für den Eigengebrauch ist, sondern...

Der „Genosse Marxist“ war ein strenger härtiger Mann. Er führte eine Disziplin ein, die sogar Csihajda selbst Ehre gemacht hätte. Die Matrosen höfchten unter der Last der marxistischen Weisheit. Einige begannen schon zu schimpfen:

Wenn nur was kommen würde... Ein Angriff, eine Konterrevolution oder sonst irgend etwas anderes.

Und es kam. Mitte Mai, nach dem Mittagessen, zur Zeit, als die ganze Schule mit einer beispiellosen Selbstvergessenheit die Grundlehren des Marxismus studierte und gerade über den Charakter „der Warenproduktion“ und des „Wertes“ sich den Kopf zerbrach, wurde Csihajda zum Bataillonskommandeur gerufen. Er erhielt dort den Auftrag, sofort mit der Rote bis zur Donau vorzugehen, um einen konterrevolutionären Aufstand niederzuschlagen.

Genosse Kottenführer — sagte der Metallarbeiter leise — vergessen Sie keinen Augenblick, daß Sie roter Matrose sind und daß wir im Kampfe keine Späße dulden. Handeln Sie, wie es sich gehört. Sollte es sich aber herausstellen, daß unter „ihnen“ Armbauern sind, so verschonen Sie sie. Sprechen Sie mit ihnen: überzeugen Sie sie. Versuchen Sie, sie auf unsere Seite herüberzuziehen. Und noch etwas: Bitte schlagen Sie die Leute nicht. Für diejenigen, die Widerstand leisten, besitzen wir Kugeln. Wir wollen also von Prügel keinen Gebrauch machen. Sie sind ein Ueberbleibsel des Feudalismus.

Zu Befehl, Genosse Kommandeur! sagte Csihajda und ging zur Schule zurück. Er kam gerade in dem Augenblick, als dort ein erbitterter Streit über die Popularisierung der Begriffe: „Warenbrauch“ und „Warenwert“ ausgefochten wurde.

Nachdem er leise mit dem Lehrer gesprochen hatte, wandte er sich an die ganze Klasse.

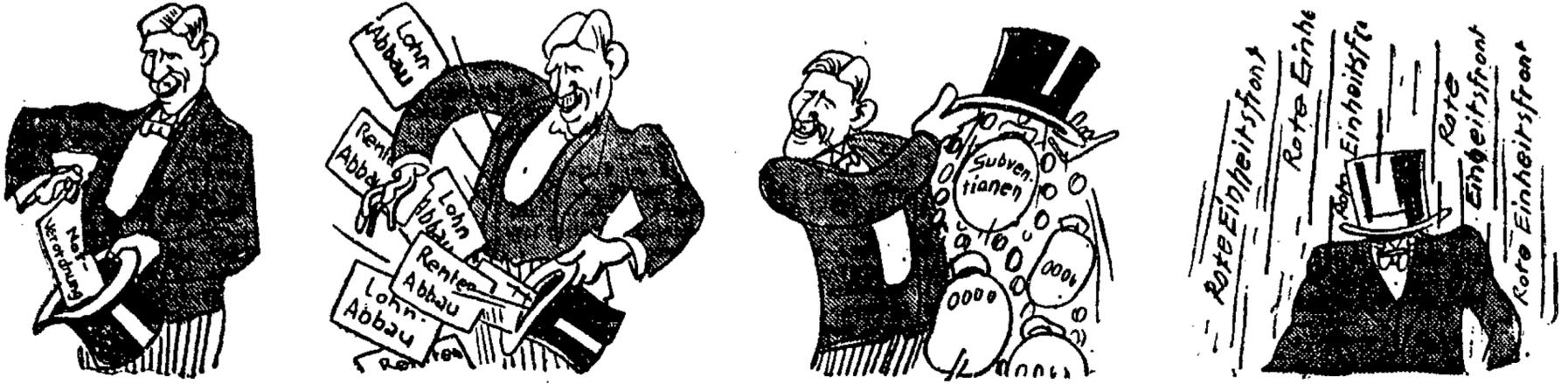
Erste Rote, erster und zweiter Zug — Warm! Antreten beim Schuleingang! Marschausrüstung!

Der erste und zweite Zug der Rote — ungefähr 60 Mann — legten ihre Bücher und Notizen in die Schulbänke und verließen das Zimmer. Auch Csihajda machte sich fertig. Mit einem Kreuz vermerkte er im Buche, wo er stehen geblieben war und schrieb darunter: „bis hierher, 18. Mai“; dann folgte er seinen Leuten.

(Kontinuum folgt)

# Der Zauberlehrling: Doch die Wirkung, die es macht, Hat er sicher nicht bedacht...

(Frel nach Wilhelm Busch)



## Antifaschistischer Massensporttag am 25. September

In diesem Jahre sind von der Reichsleitung eine Reihe zentraler Termine angeordnet worden, die bei manchem unserer Mitglieder, ja sogar bei vielen Funktionären, die Meinung aufkommen lassen, das alles bedeute eine zu starke Belastung, eine zu starke Beschäftigung unserer Mitgliedschaft.

Bei näherer gewisserhafter Betrachtung der Dinge stellt es sich allerdings heraus, daß hier nicht von einer Belastung die Rede sein kann, sondern von einem gewissen Druck auf unsere Vereinsleitungen, ihre technisch-methodische Arbeit schneller in der Weise auszurichten, wie das beispielsweise in der Resolution des 8. Plenums der RSD. zur technisch-methodischen Arbeit festgelegt, wie das in allen unseren Diskussionen während der letzten zwei Jahre verlangt wurde.

Wir hatten Solidaritätsspiele mit den Fuß- und Handballern des DAVS. und auch, allerdings seltener, mit denen des VfV. ausgerichtet. Es ist uns auch häufig gelungen, in anderen Sportarten Solidaritätsaktionen zur Durchführung zu bringen. Das Gros unserer vielen Sportfeste, auch eine Reihe zentraler Treffen, wurde aber in dem alten Trost abgewickelt. Stets Programme für unsere Mitglieder, an denen sich evtl. noch bereits sportlich organisierte beteiligen konnten.

Einheitsfrontarbeit nur da, wo wir tüchtige Funktionäre hatten. Gute und richtige Lösungen für die Veranstaltungen, wirkungsvolle Agitation und einen Programmneubau, der die Verbindung zu den Kameraden in den anderen Sportverbänden, den nicht organisierten Arbeitern herstellt, sah man seltener, da meist in der Mehrzahl unsere technisch-methodische Arbeit zu wenig in den Dienst der Werbung gestellt wird.

Im vergangenen Jahr am 10. und 11. Oktober beschloß darum die Landesportkommission, die in Berlin zu einer gemeinsamen Tagung zusammenkamen, die Festlegung bestimmter Termine, an denen im gesamten Reich unter einheitlicher Leitung mit im Grunde genommen einheitlichem Programm unsere Vereine ihre Veranstaltungen durchzuführen hatten.

Der Tag der werktätigen Radfahrer am 26. Juli, der am 30. Oktober seine Wiederholung findet, war unter anderem ein Beispiel

dafür, wie wir weit über den Rahmen unserer Organisation hinaus die Arbeiter aktiv in unseren technischen Betrieb einbeziehen können.

Netzt steht vor uns die Vorbereitung des Antifaschistischen Massensporttages. Dieser Titel gibt gewissermaßen das ganze Programm, den Gesamtinhalt dieses Tages wieder.

Antifaschisten-Massen sollen an diesem Tage in Aktion treten. Im Rahmen der Antifaschistischen Aktion sind wir Sportler zu zahllosen Solidaritätshandlungen, wie z. B. gemeinsamen Boot- und Sportplatzwachen gekommen, haben zahlreiche Verbindungen mit reformistischen und bürgerlichen Sportlern hergestellt. Erst die am 4. September nach Leipzig durchgeführte Reichszielfahrt hat gezeigt, wie ungeheuer groß unser Einfluß ist, welche ungeahnten Möglichkeiten wir überhaupt haben. Die Motorfahrer haben bei Anwesenheit von zirka 1500 Maschinen etwa 250 Gäste gehabt, die in Soffi, im DAVS. und auch nicht organisiert waren.

Wenn schon bei derartig großen Fahrten solche Erfolge zu erzielen sind, wird und muß es öftlich noch viel leichter sein, alle antifaschistischen Sportler zu einer gemeinsamen Veranstaltung am 25. September zu gewinnen. Und natürlich nicht nur die antifaschistischen Sportler, sondern überhaupt alle Antifaschisten eines Dorfes, einer Stadt. Darüber sind wir uns wohl im klaren, daß der 25. September die roten Sportler in allen Orten in Aktion sieht.

Es ist hier nicht der Platz, um über technische Einzelheiten für diesen Tag zu sprechen. Doch soviel muß gesagt werden, die sporttechnischen organisatorischen Vorbereitungen müssen so rechtzeitig getroffen werden, damit die Masse wirklich beschäftigt wird. Eine Aufgabe der Mitglieder unserer Vereine ist es, die Vereinsleitungen und ganz besonders die Vereinstenchniker zu kontrollieren, und wenn notwendig, auch damit hinter die Vorbereitungsarbeiten zu machen.

Das ganze Programm muß, um der Lösung, unter der es abgewickelt wird, gerecht zu werden, einen lebhaften und kampffrohen Charakter haben. Hier muß sich zeigen, daß wir die reformistischen Eierköcher, die uns auf technisch-methodischem Gebiet am längsten anhafteten, endlich abgelegt haben. An diesem Tage Ringelreihen

zu spielen, wird also sicher höchst deplaciert wirken. Kampfspiele und Wettkämpfe auch mit den sportlich nicht organisierten Antifaschisten durchführen. Ihren Eifer und Kampfesgeist müssen wir anregen. Schießwettkämpfe, Tauziehen, kurze Hindernisläufe und was dergleichen mehr ist, wird für die notwendige Stimmung sorgen. Vor allem ist wichtig, daß das Programm nicht unnötig kompliziert wird. Wurfkonkurrenzen, das ist noch ein Tip für unsere Techniker, sollten an diesem Tage möglichst nicht abgewickelt werden, weil bei Massenteilnahme sonst an die Durchführung des Gesamtprogramms nicht zu denken ist.

So unter stärkster Anwendung unserer Einheitsfronttätigkeit vorbereitet, wird der 25. September der Abschluß unserer diesjährigen an Kämpfen der verschiedensten Art so unendlich reichen Sommerkampagne und gleichzeitig aber auch eine Verstärkung der Mobilisierung der werktätigen Massen für die im nächsten Jahr stattfindende Weltspartakiade in Moskau. Mit dem Massensporttag am 25. September werden wir gleichzeitig liefern eine große Demonstration für sozialistische Körperkultur.

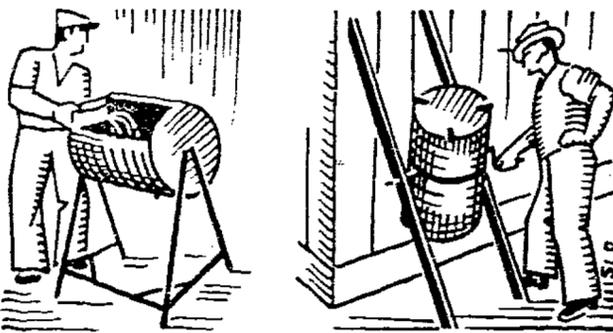
### Aus dem Forstrevier des Fürsten von Pleß

Rehmwasser. Daß der „arme“ Fürst von Pleß in seinen Diensten getreue Vasallen für das „Dritte Reich“ hat, offenbart sich immer mehr. Es ist doch auffallend, daß bei dieser „Arbeiter“-partei nur Schwerverdiener, Banddirektoren und Prinzen sind. So in hiesiger Forsterei. Am vergangenen Montag wurde im hiesigen Revier die Arbeit für einzelne Holzschläger aufgenommen. Natürlich bekommt der „arme“ Fürst staatliche Zuschüsse und verbilligte Fracht. Daß unser Förster aber Rede des „Dritten Reiches“ ist, ist schon bekannt. Daß auch sein Vasall Prunzel ins selbe Horn stößt, ist nicht verwunderlich. Als zur Mittagspause sich einige Arbeiter ¼ Pfund Schwarzwurk mitgebracht hatten, beneidete er sie mit folgenden Worten: „Na, euch scheint es noch gut zu gehen. Ich kann mir's nicht mehr leisten!“ Ein Gelächter war die Antwort. Die Holzschläger, die einen Stundenlohn von 40 Pfennig verdienen, fallen auf solchen Schwanzel nicht herein.

Den Waldarbeitern rufen wir zu: Schließt euch zusammen in der RSD.! Kämpft mit dieser für bessere Löhne, damit ihr zu besseren Maßzeiten kommt!

## Erst beizen, dann säen

Zu einem guten Gedeihen unserer Feld- und Gartenfrüchte ist eine ganze Reihe von Kenntnissen notwendig. Vor allem ist es erforderlich, dem Saatgut heute mehr denn je eine gesteigerte Aufmerksamkeit zu schenken. Das gilt nicht nur für die Aussaat im Frühjahr und Sommer, sondern erst recht für die vor der Tür stehende Aussaat des Wintergetreides. Abgesehen davon, daß nur



Das Trockenbeizen darf nur in staubdichten Gefäßen (Blechtrömmeln) geschehen

große, gesunde, wohlgeformte, keimkräftige und keimfähige Körner zur Aussaat kommen dürfen, müssen sie vor der Verwendung noch einer besonderen Behandlung unterzogen werden, d. h. sie müssen gebeizt werden. Durch das Beizen werden die inneren und äußeren Krankheitskeime der Samen abgetötet, ohne daß dabei das Saatgut darunter leidet.

Nicht weniger als 27 Millionen Doppelzentner Getreide im Werte von rund 450 Millionen Mark bar gehen alljährlich durch Schneehimmel bei Roggen, Steinbrand bei Weizen, Streifenkrankheit bei Gerste und Haferflugbrand bei Hafer usw. verloren, so daß sich der Kampf gegen diese Getreidekrankheiten wohl reichlich lohnen würde und zwar nicht nur für die Allgemeinheit sondern für jeden einzelnen Getreidebauenden selbst.

Wir verfügen heute über eine große Zahl von Beizmitteln und Beizmethoden, man möchte fast sagen: über zuviel. Das einfachste Verfahren dabei ist das Trockenbeizen, bei dem das Saatgut in dicht geschlossenen Beizapparaten (bei kleineren Mengen eignen sich hierzu gereinigte Carbiddrömmeln) mit geringen Mengen Beizpulver beizt wird. Für diese Methode finden die vom Deutschen Pflanzenschutzdienst geprüften und anerkannten Beizmittel Ceresan und Abavit Verwendung. Der Verbrauch von diesen Beizmitteln ist sehr sparsam, denn bei Weizen und Roggen werden nur 100 Gramm, bei Gerste 150 Gramm und bei Hafer 250 Gramm pro Zentner Saatgut als notwendig erachtet. Der Preis für dieses Beizmittel liegt jedoch noch gerade an der Grenze des Möglichen, denn etwa 300-Gramm-

Packung kostet 1,80 und bei einer 5-Kilogramm-Packung kostet das Kilo 3,95 Mark. Einwandfrei steht jedoch, daß die Beizkosten sich immer bezahlt machen.

Eine andere Methode des Beizens ist das sogenannte Benetzungsverfahren, auch Kurznaßbeize genannt. Als Beizmittel dafür gelten Ceresan und das Mittel „U. 564“. Zu diesem Zwecke wird das Saatgut in flache Haufen geschüttet und mittels einer Gießkanne von der Beizlösung benetzt. Beim Beizprengen und eine Zeit lang nachher muß das Saatgut tüchtig umgeschaukelt werden, damit jedes einzelne Saatkorn gründlich gebeizt wird. Beim Beizen von Gerste wird 1 Zentner Saatgut mit 25 Gramm Ceresan, das in 5 Liter Wasser aufgelöst wurde, angefeuchtet, bei Roggen mit 125 Gramm in 5 Liter Wasser und bei Hafer mit 70 Gramm in 2 Liter Wasser. Die Gebrauchsanweisung für „U. 564“ pro Zentner Saatgut lautet dagegen: 30 Gramm in 1,5 Liter Wasser aufgelöst bei Weizen und Roggen, 38,5 Gramm in 1,5 Liter Wasser bei Gerste und 80 Gramm in 2 Liter Wasser bei Hafer. Eine Küdtrocknung des mit der Kurznaßbeize behandelten Getreides ist nicht notwendig.

Schließlich gibt es noch eine dritte Möglichkeit des Beizens, nämlich die mit dem Tauchverfahren. Hierbei wird das zu beizende Saatgut in einen geräumigen Bottich gebracht und mit der Beizlauge begossen. Bei dieser Gelegenheit werden gleichzeitig die oben aufschwimmenden Brandbutten, Unkrautsamen und leichten Körner entfernt. Unter gründlichem Umrühren des Saatgutes während der gewöhnlich halbtägigen Beizdauer werden die Keime der Pilze und die Sporen sicher und völlig abgetötet. Als Beizmittel gelten die vom obengenan-



Links: Je öfter das Saatkorn beim Benetzungsverfahren umgeschaukelt wird, um so besser wird jedes Saatkorn beizt. Rechts: Beim Tauchverfahren muß das zu beizende Saatgut tüchtig umgerührt werden.

ter Schutzdienst empfohlenen Mittel Uspulun und das oben erwähnte Ceresan. Die benötigte Beizmenge bei Uspulun entspricht bei zentnerweisem Beizen der von Ceresan, die in 70 Liter Wasser aufgelöst wird. Für jeden weiteren Zentner wird

der Beizlösung dann immer 20 Gramm Uspulun zugefügt. Der Verbrauch von Ceresan stellt sich für den ersten Zentner Saatgut bei Weizen auf 50 Gramm in 50 Liter Wasser aufgelöst, bei Roggen auf 62 Gramm in 50 Liter Wasser, bei Gerste auf 75 Gramm in 60 Liter Wasser und bei Hafer auf 225 Gramm in 90 Liter Wasser. Für jeden weiteren Zentner kommen 8 Gramm Ceresan bei Weizen in 8 Liter Wasser aufgelöst dazu, bei Roggen 10 Gramm in 8 Liter Wasser, bei Gerste 12 Gramm in 9 Liter Wasser und bei Hafer 25 Gramm in 10 Liter Wasser. Das Tauchverfahren erfordert nachträglich ein gutes Trocknen des Saatgutes, das aber öfter mit Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Da das gebeizte Saatgut meist durch Quellung eine größere Form angenommen hat, fällt es in der Drillmaschine anders als das unbehandelte und muß deshalb auf die genaue Einstellung der Maschinen sorgfältig geachtet werden, weil sonst die ausgedrüllte Saatmenge zu klein wird.

Wenn der Pflanzenschutz durch Beizen auch nicht die Aufgabe hat, die Erträge zu steigern, so ist er aber eine bewährte Schutzmaßnahme, die Ernte-Erträge zu sichern und vor Schaden zu bewahren. Sofern es also die eigenen Geldmittel gestatten, sollte nichts versäumt werden, jedes dem Boden übergebene Korn zu beizen und alles das zu tun, was neben einer guten Bodenbearbeitung, Düngung und Pflege der Kulturen erforderlich ist, wenn ein sicherer Ernterfolg gewünscht wird.

### Pflegt Ziegenböcke richtig!

Während bei manchen Menschen die Tiere aus der hohlen Hand streifen, sind die gleichen Tiere bei anderen überaus forsch. Warum, weil eben diese sie zu behandeln verstehen und die anderen nicht. Das gilt vor allem auch bei den Ziegenböcken.

Die Ziegen beiderlei Geschlechts sind durchaus saubere Tiere. Nur weil der Bod den für uns Menschen sehr unangenehmen, aber der Natur entsprechenden Geruch an sich trägt, denke man nicht, daß man ihn in jedes bestmögliche Loch stecken kann, und daß er weiter keine Pflege nötig hat, als gefüttert zu werden. Die Umgebung des Bodens und das ganze Wesen des Tierhalters üben einen großen Einfluß auf das Tier aus. Ein Ziegenbod, der im finsternen, dumpfigen Stall gehalten wird, ein unsauberes Lager hat und dem kein Futter nur so hingeworfen wird, ist in den meisten Fällen recht kräftig. Wenn er dann in das Freie gelassen wird und seiner angesammelten Wut freien Lauf läßt, richtet er meistens allerhand Unheil an. Wird der gleiche Bod aber in einem Stalle mit stets guter Einstreu untergebracht und ihm Licht, Luft und Sonne reichlich geboten und ihm täglich einige Stunden Bewegung im Freien gegönnt werden, sein Wärter ihm das Lieblingsfutter verständnisvoll auswählt und ihm auch eine sorgfältige Körperpflege angeheben läßt, so ist er selbst den Kindern gegenüber meist recht zutraulich. Von frühester Jugend an soll der Ziegenbod an die menschliche Sprache gewöhnt werden, freundliche Behandlung erfahren, und er wird dann auch aufs Wort gehorchen. Das selbst in der Brunstzeit, in der das Treiben sich ja gewaltig auswirkt.

Wenn diese Behandlung auch große Anforderungen an die Geduld und Ausdauer des Wärters stellen mag, so lohnt es sich jedoch fast immer. Vielfach ist die Liebe zu den Tieren ein angeborenes Gut, und leider ist es vielen sehr schwer, sie zu erwerben.

# SPD.-Zentrum und Nazis Hand in Hand für Papen!

## Was bedeutet die Abstimmung im Preußen-Landtag?

Sowohl, ihr sozialdemokratischen, christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter, schaut euch nur eure Führer an, wie sie am Mittwoch im Preußen-Landtag in holder Eintracht für Papen und Bracht aufmarschierten. Herr Hellmann und Herr Kube Arm in Arm gegen die Kommunisten, das war ein Fest!

Vor den Arbeitermassen tobten die SPD.-Führer gegen die Nazis, die Naziführer gegen die SPD., als ob sie sich gegenseitig aufressen wollten. Aber hier im Landtag schlossen sie sich zusammen zu einem Bündnis gegen den gemeinsamen Feind, die Kommunisten.

Für die Naziproleten war dieser Mittwoch besonders aufklärend. Was hatten ihnen nicht die Goebbels und Ströher, die Kube und Lohse alles über die „feinen Leute“ gesagt, die auf dem breiten Rücken der SW. in die Amtlichkeit geklettert waren! Wie hatten sich die Naziführer heiser geschrien vom „Kampf gegen Papen“. Aber jetzt, wo Landtagsauflösung und Verlust von Mandaten und Posten drohen, da

**locken die Naziführer vor der bloßen Drohung Papens zu Kreuze wie ein Hund vor der Peitsche des Herrn.**

Da sandten sie ihren Landtagspräsidenten Kertel zu Papen und Hindenburg, um dort um schön Wetter zu bitten. Da erklärten sie ihre Zustimmung zu dem kommunistischen Antrag für ungültig, der die Maßnahmen der Papen-Bracht für verfassungswidrig erklärte und die Beamten zum Ungehorsam aufforderte. Da beschleunigten sie der Herrschaft des „Reichskommissars“ Papen und seines „Staatskommissars“ Bracht die „Geheimhaltung“ und mahnten die Beamten, ihnen den „schuldigen Gehorsam“ zu bezeigen. Nun sagt uns doch bitte, ihr Naziproleten, wo war denn da der großartige „Selbststempel“ eurer Führer um die Macht, wo war ihr „sozialer Freiheitsstempel“ gegen Papen, wo war ihre „Verteidigung der Volksrechte“? — Nichts mehr zu sehen davon, ganz verschwunden, aus!

Aber auch für die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter war dieser Mittwoch höchst lehrreich. Satten ihnen nicht ihre Führer den Kampf gegen die Papen und Bracht verheißt? War das aber vielleicht ein Kampf, was SPD. und Zentrum am Mittwoch gemeinsam mit den Nazis im Preußen-Landtag aufführten? Das war doch eine ganz elende, erbärmliche neue Kapitulation vor der Papen-Regierung!

SPD.-Kollegen, dürfen wir euch an jenen infamen Auftritt eures Parteivorstandes vom 13. September erinnern, wo es hieß:

„Aber die Ohnmacht des Reichstags, die augenblickliche Macht der Papen-Diktatur sind nicht nur das Werk der Nationalsozialisten allein. Schulter an Schulter mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen.“

Schulter an Schulter mit den Nazis: wer stand da am vergangenen Mittwoch? Niemand anders als die SPD.-Führer! Sie haben, um die Auflösung des Landtags zu verhindern, sich schützend vor die Papen und Bracht gestellt, haben ihre „Staatsaktion“ vom 20. Juli noch einmal in Aktioniert, haben ihnen die „Geheimhaltung“ ihrer Tätigkeit in Preußen noch einmal bekräftigt! Das ist sozialdemokratische „Verteidigung der Volksrechte“!

Warum sind SPD., Zentrum und Nazis Hand in Hand für Papen und gegen die Kommunisten aufmarschiert? Weil alle drei Parteien nicht wollen, daß durch eine Neuwahl in Preußen die politische Lage noch mehr zugespitzt, der Boden für die Klassen-diktatur der Bourgeoisie noch mehr unterhölet und die Durchführung der Papen-Notverordnung noch mehr erschwert würde!

Die deutschen Kapitalisten sind schon fuchsteufelswild über die von den Kommunisten erzwungene Reichstagsauflösung. Hunderte von wütenden Naziunternehmern haben im „Braunen Haus“ angerufen und kategorisch erklärt, daß sie doch ihre Subventionen an die NSDAP. nicht gezahlt hätten, damit die Nazi-abgeordneten den Kommunisten auf den Leim gingen und ihren Geldgebern den ganzen Porzellanladen kaputt schlugen. Eine Neuwahl in Preußen hätte den Nazis die Unterstützung von Tausenden ihrer Geldgeber gekostet. Das wollten sie vermeiden.

Aber die SPD. hat ja nicht anders gehandelt als die Nazis. Sie treibt, ja, wie uns Herr Löbe versichert hat, eine „verantwortungsbewußte Opposition“ und darf deshalb nicht zulassen, daß die Geschäfte der deutschen Kapitalistenklasse durch eine politische Feinreutherung gestört werden.

Was sind die nächsten Folgen dieses Bündnisses von SPD., Zentrum und Nazis?

Eine Auflösung und Neuwahl des Landtages würde den Nazis zweifellos schwere Verluste an Stimmen, an Mandaten und — was viel wichtiger ist als dieses — einen schweren Rückschlag ihres Masseneinflusses bringen.

Die SPD., in dem sie die Landtagsauflösung verhindert hat, hat den Nazis unschätzbare Dienste erwiesen.

Herr Hellmann hat sich Hitlers höchsten Orden verdient! Im heutigen Landtag haben Nazis und Zentrum zusammen die Mehrheit; sie können, sobald sie sich nur mit Papen wieder geeinigt haben (wogu sehr harte Bestrebungen im Gange sind), jederzeit die Regierung bilden. Bei einer Neuwahl des Landtages würde diese Nazi-Zentrum-Mehrheit zerfallen. Die Nazis können sich deshalb jetzt bei der SPD. dafür bedanken, daß sie ihnen diese „Chance“ gerettet hat.

Jetzt haben SPD., Zentrum und Nazis dafür gesorgt, daß dieser preußische Landtag, der keinerlei Einfluß hat, weiter besteht, daß die Papen-Regierung in Preußen ungehindert weiter diktieren und ihre Positionen, die sie mit dem 20. Juli erobert hat, in aller Ruhe weiter ausbauen kann.

Wir Kommunisten wollten die Landtagsauflösung aus folgenden Gründen:

1. Wir wollten die Maske, die der heutige Landtag für die unumschränkte Herrschaft der Papen-Bracht bildet, beseitigen.

2. Wir wollten die Koalitionsstuhndelerei vom Zentrum und Nazis in Preußen durchkreuzen;

3. wir wollten durch eine verstärkte außerparlamentarische Massenmobilisierung den Kampf gegen die Lohnabbauoffensiv und die Notverordnungspolitik überhaupt verbreitern.

Unser Angriff im Landtag hat nicht denselben Erfolg gehabt wie im Reichstag, aber eines hat er erreicht, was zwar nur ein „Nebenprodukt“ unseres Kampfes, aber doch wichtig genug ist: er hat den arbeitenden Massen ganz Deutschlands gezeigt, daß SPD.-Führer, Zentrum und Nazis in einer Einheitsfront für Papen und die Papen-Diktatur kämpfen, gegen die Interessen der werktätigen Massen!

## Gegen Papen heißt keineswegs für Severing!

### Verzweifelte SPD.-Manöver und Heze gegen die KPD.

Die Kapitulation der SPD. am 20. Juli, als die Papen-Regierung ihre Staatsaktion in Preußen durchführte, hat eine starke Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter hervorgerufen: jeder neue faschistische Vorstoß Papens steigert diese Empörung, denn er offenbart immer mehr die ganze Tragweite des SPD.-Verbrechens vom 20. Juli.

Um nun die sozialdemokratischen Arbeiter davon abzulenken, versucht es die SPD.-Führung jetzt mit einer dummdreisten demagogischen Verdrehung und mit einer Heze gegen die KPD. So versuchen die SPD.-Redner und die SPD.-Presse immer wieder die Aufforderung der KPD. zum Generalstreik am 20. Juli als „Eintreten für die Minister Severing und Braun“ darzustellen, um dann anzuführen, daß die Kommunisten sonst Severing und Braun bekämpft haben und von diesem „Widerspruch“ ausgehend gegen die KPD. zu hezen.

Damit die Wels und Löbe es sich ein für allemal endlich hinter dem Spiegel stecken: Die Kommunisten haben die arbeiterfeindliche Politik Severings und der Sozialdemokratie bekämpft, sie tun es auch

heute und in die für Severing und seine Papen und Hitler unterstützende Preußenregierung eingetreten.

Als die Papen-Regierung am 20. Juli die Staatsaktion in Preußen durchführte, haben die Kommunisten zum härtesten Kampf gegen Papen und seine Staatsaktion aufgerufen, aber im positiven nicht für Severing und die Preußenregierung, sondern für die Stärkung der Macht der Arbeiter, für die Forderungen und die Freiheit der Arbeiterklasse und für die Arbeiter- und Bauernrepublik.

So ähnlich haben beispielsweise die Kommunisten in Rußland, als der General Kornilow gegen Petrograd marchierte, zum Kampf gegen Kornilow aufgefordert, aber nicht für den Ministerpräsidenten Kerenski, sondern für die Forderungen und für die Herrschaft der Arbeiter.

Die Kommunisten kämpfen und rufen in Deutschland jetzt: Fort mit Papen! Kampf gegen Faschismus! Aber nicht, um an Stelle der faschistischen Form der Kapitalsherrschaft die „demokratischen“ Formen der gleichen Kapitalsherrschaft wieder herbeizuführen und damit den Kapitalismus und die Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten und jederzeit wieder dem Kapital den Uebergang zu faschistischen Methoden zu ermöglichen, sondern die Kommunisten kämpfen gegen Papen und für die Durchsetzung der Tagesforderungen der Arbeiter, wie Aufhebung der Presseverbote, Aufhebung der Notverordnung, ausreichende Löhne und Unterstützungen, Beseitigung der Sondergerichte und all das in der Richtung des Zieles, der Schaffung der Arbeiter- und Bauernrepublik, des Sozialismus.

Ist das euch endlich klar, ihr Wels und Löbe? Das heißt, klar war euch das schon und eure Verdrehungen sind bewußt gemacht, um eure Kapitulation am 20. Juli und eure neuen Kapitulationen vor den sozialdemokratischen Arbeitern zu verschleiern.

Das wird nicht gelingen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden ebenfalls immer klarer dieses Spiel durchschauen. Sie werden mit den Kommunisten die Einheitsfrontaktion gegen Papen, gegen den Faschismus durchführen, doch nicht für Severing und nicht für den Kapitalismus in „demokratischer“ Maske, sondern ohne und gegen die Papenische Sozialdemokratie und für Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus.

# Sie wollen auch die Affordsätze abbauen!

## Eine zweite Durchführungsverordnung zur Lohnabbau-Notverordnung — Offizielle Belehrung über Unternehmerrechte — Die Kampfbereitschaft der Arbeiter entscheidet

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt eine zweite Durchführungsvorordnung zur Lohnabbau-Notverordnung erlassen. Obwohl in der Notverordnung selbst von einem Abbau der vereinbarten Affordsätze nicht die Rede ist, bestimmt jetzt die zweite Durchführungsvorordnung, daß die Unternehmer bei Neueinstellungen auch die Affordsätze kürzen können, und zwar in demselben Verhältnis, wie die Tariflöhne gekürzt werden können. Während aber die Tariflöhne nur für die 30. bis 40. Wochenstunde gekürzt werden können, soll für die Affordsätze diese Beschränkung wegfallen. Auch wenn die Arbeiter weniger als 30 Wochenarbeitsstunden arbeiten, sollen die Affordsätze abgebaut werden können. Lediglich 10 Prozent des tatsächlichen Affordverdienstes sollen von dieser Kürzung freibleiben. In der amtlichen Mitteilung heißt es darüber:

„Die Affordarbeiter werden im Gesamtdurchschnitt etwa zehn vom Hundert übertariflichen Verdienst haben. Dieser Ueberschuss soll vom Abzuge frei bleiben. Der Arbeitgeber hat für die Berechnung zwei Wege, die zum gleichen Ergebnis führen: er kann entweder zehn vom Hundert des tatsächlich erzielten Affordverdienstes frei lassen, also den Abzug von 90 vom Hundert des Verdienstes berechnen; oder er kann die Hundertsätze der in der Hauptverordnung vorgesehenen Unterschreitung um zehn vom Hundert ermäßigen.“

Trotzdem die Unternehmer diese Berechtigung zugesprochen erhalten, wird es ihnen überall dort, wo die Arbeiter sich geschlossen wehren, nicht möglich sein, eine tatsächliche Kürzung der Affordsätze durchzuführen. Um die Höhe der Affordsätze wurde schon bisher geradezu ein täglicher Kampf in den Betrieben geführt. Die Unternehmer haben mit Hilfe der Kalkulatoren und Stoppuhren schon alles mögliche versucht, die Affordsätze so tief wie möglich zu drücken. Aber tiefer gehts nimmer, wenn die Arbeiter existieren wollen. Die Arbeiter wollen, ehe sie an die Arbeit gehen, wissen, was sie verdienen.

Steket man ihnen einen Dred, so wird die Arbeit niedergelegt. Dabei wird es bleiben.

In der erwähnten offiziellen Mitteilung wird noch zur Vermeidung von Zweifeln“ gesagt,

„daß eine Gewerkschaft, die gegen die geleglich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragslage gerichtete Arbeitskämpfe unterstützt, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstößt.“

Damit soll gesagt werden, daß die Unternehmer, wenn Gewerkschaften einen Kampf gegen einen unter Berufung auf die Notverordnung durchgeführten Lohnabbau unterstützen, diese Gewerkschaften auf Schadenersatz verklagen können. Abgesehen davon, daß dieser Standpunkt juristisch geradezu absurd ist — die Notverordnung hebt den geleglichen Schutz der bisherigen Tariflöhne auf, der Unternehmer benutzt diese Maßnahme, um den Tarifvertrag zu zerreißen und will noch Friedenspflicht! —, so wird

die Möglichkeit zur Schadenersatzklage in der Praxis dem Unternehmer nichts nützen, wenn die Arbeiter in jedem Betrieb zusammenstehen und jeden Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abwehren. Sollten irgendwelche Unternehmer eine Gewerkschaft auf Schadenersatz wegen Verletzung des „aufgelockerten“ und damit faktisch aufgehobenen Tarifvertrages anlagen, so werden sie die Erfahrung machen müssen, daß nicht nur aus den Gewerkschaften nichts herauszuholen ist, sondern daß das am Kampfwillen der Belegschaften nichts ändert.

Nichts kann die Belegschaften daran hindern, in jedem Betrieb unter selbstgewählter Führung eigene Forderungen aufzustellen, zu verlangen, daß jeder Lohnabbau unterbleibt, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verlangen und um diese Forderungen zu kämpfen. Wenn so in Hunderten und Tausenden von Betrieben gekämpft wird, so kann die Lohnabbau-Offensive zum Stehen gebracht werden.

**Einheitsaktion in jedem Betrieb!**

## SPD. als Schrittmacher des Faschismus

Eingeständnis eines SPD.-Blattes

Die sozialdemokratische Chemnitzer „Vollstimme“ (20. 9.) müht sich in einem langen Artikel ab, den sozialdemokratischen Arbeitern einzureden, daß nicht die Demokratie schuld sei an der Entwicklung zur faschistischen Präsidialregierung, sondern die Arbeiterklasse selbst, und kommt dabei am Schluß zu dem Eingeständnis:

„Die Arbeiterklasse hat zu dem Schaden noch den Spott: Ihre burgfriedlichen Illusionen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit haben den breiten Treppenaufgang abgegeben, über den die anderen zur Macht emporgestiegen sind.“

Mit Verlaub, meine Herrschaften von der SPD.! War es nicht gerade die Schuld der Sozialdemokratie, daß in der Kriegs- und Nachkriegszeit die Arbeiterklasse mit solchen burgfriedlichen Illusionen versehen worden ist? Jetzt schreien die Schuldigen: die Arbeiter sind schuld! — Aber halten wir das wichtige Eingeständnis der Chemnitzer „Vollstimme“ fest:

**Ueber die Burgfriedens-(Koalitions- und Tolerierungs-)Politik der SPD. ist der Faschismus zur Macht emporgeklettert!**

# Gebt auf die Sammelisten der IAH! Stärkt die Kampfkraft der Streikenden in gemeinsamer Aktion mit der IAH.

# RUND UM DEN ERDBALL

## Die Träume sind ins Wasser gefallen

### Wie es im Arbeitsdienstlager aussieht — Die Führer werden jeden Tag dicker

Wir brachten vor einigen Tagen unter der Überschrift „Schneider — du Rindvieh“ eine Zuschrift des gewesenen Stahlhelmers Reinhold Mattke, der einige Monate in dem Arbeitsdienstlager im Dorfe Kochlich in Sachsen gearbeitet hat. Der junge Stahlhelmer Mattke hat in diesem Lager alle Segnungen des Arbeitsdienstes ausgelöst und schließlich das Lager verlassen. Er hat vieles dort erlebt, hat die Verhältnisse, wie sie dort herrschen, am eigenen Rücken zu spüren bekommen, und erzählt uns nun in der folgenden Zuschrift einiges über das Leben und über das Verhältnis von Führer zu Untergebenen. Hier die Zuschrift:

„Morgens der Kaffee — das reine Waldwasser. Mittwoch Proviantausgabe: pro Mann 1500 Gramm Kommissbrot, 1/2 Pfund Schmalz, 1/2 Pfund Marmelade, 1/2 Pfund Margarine für eine Woche. Das Mittagessen wird von Kameraden gekocht in der Kanone. Dreimal Erben mit Kohle, einmal Bohnen mit 50 Gramm Fleisch, zweimal Gemüse, einmal mit Kartoffeln und Fleisch, einmal ohne. Um 12 Uhr Eintritt zum Essen. Dagegen wird für den Führer extra gekocht und auf dem Tablett in seinem Zimmer serviert, oder er ist vom Ritterspatsbesitzer eingeladen worden, damit wir nicht sehen, was er bekommt. Jedenfalls nichts Schlechtes, da er jeden Tag dicker dabei wird.

Die Kameradschaft zwischen Führer und Mannschaft ist sehr flau, da es alle gediente Feldweibel sind, möglichst mit einem flotten Schnurrbart, die von der heutigen Jugend nichts wissen und verstehen wollen. Unter uns Kameraden herrscht kein Kameradschaftsdienst, sondern Freundschaftsdienst. Da wir später einziehen, daß wir meistens am selben Strick gezogen. Einige, die noch darunter waren und denen dies gefiel, wurden von uns abgelehnt und so entstand schon eine Spaltung im Lager. Die noch fest blieben, waren meist solche ohne Arbeit und Wohnung, die mit dem Essen und dem Bett vorlieb nahmen.

Von den verprochenen himmlischen Tagen haben wir keine und die Träume fielen ins Wasser. Manchmal war auch Generalappell, da mußten wir die dreifachen Klamotten fein gesäubert haben. Schuhe und Harse mußten poliert sein, kein Knopf durfte fehlen und die Stiefel geschmiert sein. Sonntags war von 9 bis 11.30 Uhr Instruktionstunde, da wurde nun von Schulterriemen und Treifen erzählt. Aus wieviel Mann eine Armee, Heer, Kompagnie und ein Zug besteht. Die Modelle der Gewehre gezeigt.

Alle drei Wochen war ein Nachtmarsch mit Generalinspektion am Abend 11 Uhr, Mittags 11 Uhr vormittags. Todmüde und erschlagen kamen wir dann ins Heim. Dann Sport und Schießen. Wollte ein Kamerad sich Zigaretten kaufen, da wir nur ein Paar bekommen, bekam er vom Ortsgruppenführer ein Schreiben. Mit diesem ging er nach dem Dorf ins Geschäft und bekam ohne Geld ein Paar. Man bekam er aber, bis alles bezahlt war, keinen Pfennig Arbeitslohn. So kam es vor, daß manchen Kameraden Geld fehlte (kein Wunder). Freitag war Löhnung, 2 Mark

wurden ausgezahlt, das andere auf Stiefel, Schmiere, Anschaffung von Werkzeug usw. einbehalten. Beim Appell bekamen es manche fertig, den Drillanzug vorher zu waschen und standen nun klitschenaß und frierend beim Appell in Reih und Glied. War der Anzug nicht sauber: Disziplinarstrafe.“

Reinhold Mattke.

### Revolte im niederrheinischen Arbeitsdienstlager

Loberich, 22. September. Die zunehmende Tendenz der leitenden Stellen in den Arbeitsdienstbezirken,

zur völligen Kasernierung überzuachen und die Teilnehmer, selbst wenn die Arbeiten an ihrem Wohnort geleistet werden, in geschlossenen Lagern bei entsprechend rigoroser Kürzung der schmalen Entgelte unterzubringen, hat am Niederrhein zur ersten ernsthaften Revolte geführt. Als die bei dem Abbruch der ehemaligen Fabrikgebäude der Firma Niedick u. Co. beschäftigten Jugendlichen von den neuen Maßnahmen Kenntnis erhielten, hat ein großer Teil von ihnen erklärt, auf die Weiterbeschäftigung zu verzichten und damit den lokalen Arbeitsdienst zum Erliegen gebracht. Sie haben es einmütig abgelehnt, für 30 oder 50 Pfennig Tagelohn die Arbeiten weiterzuführen. Besonders wird betont, daß sie die bisherige Entlohnung von 2 Mark täglich dringend zur Unterstützung ihrer Angehörigen gebrauchen müßten und auf die zweifelhafte Verpflegung und Unterkunft in einem kasernierten Lager gern verzichten würden.

### „Panzerautos“ werden übergewechselt

Ein Bild von den Herbstmanövern der Reichswehr bei Frankfurt an der Oder, das das Uebersetzen eines „Panzerautos“ auf einer mit einem Hilfsmotor ausgerüsteten Pontonfähre über die Oder zeigt.



## Nazis als Devisenschieber

### Ein ungeheurer Skandal in München

In München ist ein ungeheurer Nazi-Skandal aufgedeckt worden, dessen Ausdehnung noch gar nicht abzusehen ist: die Kriminalpolizei hat drei Devisenschieber sowie einen in Devisenschieberungen verwickelten Münchener Kriminalkommissar verhaftet — und alle vier Verhafteten sind prominente Mitglieder der Münchener NSDAP.

Der Hauptbeschuldigte ist der Caféhaus-Wächter Albert Hauler, er war bis vor kurzem Besitzer des Hotels „Reichsadler“, das als sogenanntes drittes „Braunes Haus“, als Büro an die NSDAP vermietet ist. Eine Zeilung hatte er auch die Restauration des ersten „Braunes Hauses“, in dem Hitler selbst wohnt, übernommen. Sowohl er wie die übrigen Verhafteten, der Juwelenhändler Georg Altmann, der Schweizer Kaufmann Josef Fühlis und der Kriminalkommissar Paulus sind seit langen Jahren Mitglieder der NSDAP und gingen im „Braunes Haus“ ein und aus.

Nach den bisherigen Feststellungen der Kriminalpolizei haben die Nazi-Devisenschieber wöchentlich nicht weniger als 160 000 bis 180 000 Mark umgesetzt und Zehntausende verdient. Man stellt jetzt

Nachforschungen darüber an, wohn das Geld geflossen ist und auch darüber, wie weit die Münchener Parteizentrale der Nazis über die Tätigkeit ihrer Pgg. informiert war.

Es sollen noch weitere Verhaftungen bevorstehen. Jedenfalls erkennt man jetzt schon, wie es in der Praxis mit den Nazis, der Partei, die angeblich gegen Korruption und Schiebung kämpft, aussieht. Es besteht nämlich der Verdacht, daß die vier Nazis mit den Verdiensten aus den verflochtenen Geldern die Partei finanzieren.

### Lahusen-Prozess im Oktober

Nachdem das Hauptverfahren gegen die Brüder Lahusen, wie berichtet, eröffnet ist, dürfte alsbald mit der Terminfestlegung für diesen wohl größten Handelsstrafprozeß, der jemals in Deutschland geführt wurde, zu rechnen sein. Man darf annehmen, daß der Prozeß etwa Mitte oder Ende Oktober beginnen und voraussichtlich einige Wochen dauern wird.

## Etwa 2500 Todesopfer der Cholera in Nordchina

Schanghai, 22. September. In dem nordchinesischen Bezirk Jungti hat sich die Cholera mit großer Schnelligkeit ausgebreitet und bereits über 160 Dörfer heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich bisher auf etwa 2500.

### Selbstmord eines Henkers

In Rochdale wurde John Ellis, der 23 Jahre lang der Henker in England war, tot aufgefunden. Er hat sich in einem Unfall von Schwermut mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Ellis zog sich im Jahre 1924 von seinem Henkeramt zurück. Er hatte früher schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen.

## 121 Offenbarungseide an einem Tage

Am Dortmunder Amtsgericht wurden am 20. September nicht weniger als 121 Offenbarungseide abgenommen. Es handelt sich um der Hauptsache um kleinere Kaufleute, selbständige Handwerker und stellungslose Angestellte und Privatbeamte.

### Milchkrieg in England

London, 22. September. In England ist eine ernsthafte Krise in der Milchlieferung entstanden, da der Händlerverband die von den Landwirten geforderte Preiserhöhung abgelehnt hat. Der englische Landwirteverband hat daher angekündigt, daß ab 1. Oktober alle Landwirte die Milchlieferung einstellen würden, bis ein höherer Preis zugesichert werde.

## Unterirdisches Schmuggelnetzwerk ausgehoben

Kaldenkirchen, 22. September. Nach längeren Beobachtungen lang es Beamten der Zollfahndung, in der Nähe der Ortshäuser bei Kaldenkirchen ein Schmuggelversteck auszuheben, es sich eine hierförmige Schmuggelkolonne unter Tage angelegt hatte. Es Versteck war sehr günstig gelegen und mit Rosenstüben zu bedecken. Es befand sich fast einen Meter unter der Erde und war mit starken Bohlen abgedeckt. Da es in unmittelbarer Nähe der Grenze lag, diente es zur vorläufigen Aufbewahrung der in der Nacht herübergeschmuggelten Waren, die dann bei günstiger Gelegenheit ins Hinterland transportiert wurden. Bei der Untersuchung waren u. a. fast 700 Pfund Feinschnitttabak eingelagert.

### Lesiger Spritschmuggel

Montreal, 21. September. Der Präsident und der Vizepräsident der Albany- und Gas-Gesellschaft von Montreal sind unter der Beschuldigung, über 20 000 Gallonen Alkohol aus New York nach Kanada geschmuggelt zu haben, verhaftet worden. Die Höhe der hinterzogenen Zölle beläuft sich auf rund 300 000 Dollar.

## Ein Sträfling blendet sich selbst

Wien, 22. September. Dem Inquistenhospital des Landesgerichtes I wurde gestern der Sträfling Gottfried Max aus der Strafanstalt Garsten mit einer schweren Augenverletzung überwiesen. Max hatte sich einen Nagel in das rechte Auge gestochen. Auf dem linken Auge sah er schon lange nicht mehr. Er verlegte sich so schwer, daß völlige Erblindung eintrat.

Gottfried Max ist 42 Jahre alt und wurde 1927 vom Landesgericht II wegen gemeinen Mordes zu lebenslanglichem Kerker verurteilt. Seit fünf Jahren befindet er sich in der Strafanstalt Garsten und hat nun wegen der Aussichtslosigkeit, je wieder in die Freiheit zu kommen, sich selbst geblendet.

Max wurde heute morgen in die Augenklinik des Allgemeinen Krankenhauses überführt.

## Ein Jugenderzieher

Berlin, 22. September. Die Staatsanwaltschaft II hat gestern gegen den früheren Oberleutnant Alfred A. Mummig aus Berlin-Friedenau Anklage wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung, sowie wegen Sittlichkeitsvergehen erhoben. Die Anklage wirft Mummig vor, sich in fünf Fällen an Jugendlichen, die zu der von ihm gegründeten „Schwarzen Pfadfinderschule“ gehörten, vergangen zu haben.

In der Voruntersuchung sind etwa 90 Jugendliche, die zu der Pfadfinderschule Mummigs gehörten, vernommen worden. Auf Grund des Ermittlungsergebnisses ist die Staatsanwaltschaft dann eingeschritten. Das Hauptverfahren kommt vor die Große Strafkammer des Landesgerichtes III, Termin ist jedoch noch nicht anberaumt.

## Ein Liebespaar tot aufgefunden

Heddingen (Hohenzollern), 22. September. Am Mittwoch wurde in der Nähe von Heddingen vor einem Gartentor der 51-jährige verheiratete Landwirt Robert Weiß und die ledige 39-jährige alte Maria Haid mit schweren Schnitt- und Stichverletzungen tot aufgefunden. Die Mordkommission stellte fest, daß Robert Weiß die Maria Haid offenbar nach vorausgegangenem Auseinandergehen mit einem Messer durch Stiche in Hals und Wirbelsäule getötet und sich selbst den Hals durchgeschnitten hatte. Der Grund zu der schrecklichen Tat scheint darin zu liegen, daß die Maria Haid ihr Verhältnis zu Robert Weiß lösen wollte, zumal dieses in den Familien der beiden Unstimmigkeiten herangezogen wurde.

## Dreifacher Raubmord

### Furchtbare Bluttat im Polnischen Korridor

Warschau, 22. September. In Dwiz (Kreis Tuchel) wurden in der vergangenen Nacht der 25-jährige Kleinbesitzer Kaminski, seine Ehefrau und sein Schwiegervater ermordet. Der Täter zündete darauf das Wohnhaus Kaminskis an, das vollständig niederbrannte. Die Leichen der Ermordeten lagen völlig verkohlt in den Schuttmassen. Es liegt wahrscheinlich Raubmord vor, da bekannt war, daß Kaminski 1500 Zloty zur Abzahlung einer Hypothek aufbewahrte.



Die Fallschirmfliegerin Lola Schröter hat den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabspingen überboten; sie ließ sich in Kiel von einem Wasserflugzeug 7300 Meter hochbringen, sprang dann ab und landete eine halbe Stunde später 22 Kilometer vom Startplatz entfernt in Hohenberg. Sie hat damit den bisherigen Weltrekord der Rumänin Brascu von 6000 Meter erheblich verbessert. Den deutschen Rekord hielt bisher Georg Resch mit 5100 Meter.

# Gegen die Anträge der Werttätigen im Stadtparlament

## Kommunistischer Antrag für die Kleingärtner angenommen — Nazi entlarven sich als die Feinde der Kriegsoffer — SPD. und Zentrum heucheln Mitleid

Breslau, den 23. September 1932.

Breslau. Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung, die seit dem 30. Juni wiederum die erste war und die, nach den Worten einiger „Stadtväter“ zu schließen, nicht lediglich ihre Fortsetzung finden sollte, stand im Zeichen der kommunistischen Winterhilfe-Anträge. Bereits vor Beginn der Sitzung versuchten die KPD-Stadtväter, die Anträge zu erhalten, um die für die Dringlichkeitsanträge erforderliche Zahl der zwölf Unterschriften zu bekommen. Sämtliche „Vollstrecker“ der KPD lehnten die Unterstützung ab.

Zu Beginn der Sitzung beantragte Genosse Zylla zusätzlich zu einer Mitteilung des Magistrats betreffs Mietesfragen, die Behandlung des kommunistischen Mieterantrages, welchem jedoch nicht stattgegeben wurde. Hierauf stellte Genosse Brodke ausdrücklich fest, daß die SPD. es in jeder Form abgelehnt hat, unsere Dringlichkeitsanträge soweit zu unterstützen, daß sie zur Veratung gestellt werden. Unter anderem haben sie damit die Beratung des Dringlichkeitsantrages, der die

### Nichtdurchführung der Notverordnung

fordert, verhindert. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 und die hierzu von der Reichsregierung erlassenen Ausführungsbestimmungen, Anordnungen usw. werden in Breslau nicht durchgeführt, soweit die Durchführung durch kommunale Amtsstellen erfolgen mißte. Der Magistrat wird beauftragt, sofort an alle kommunalen Amtsstellen entsprechende Anweisungen zu erteilen.

Hier galt es Farbe zu bekennen und deshalb zogen es die KPD-Arbeitervertreter, wie sie der Sprecher der SPD. nannte, vor, diesen sowie alle die übrigen Anträge, die im Interesse der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen der Mieter und Kriegsschädigten gestellt wurden, die Unterstützung zu versagen. Friedrich Pielich, der Fraktionsführer der SPD., gab hierzu eine Erklärung ab, in der er in sozialdemokratischer Art erklärte, daß daran gar nichts zu ändern sei. Die Notverordnung ist eben da und muß durchgeführt werden, selbst wenn die Stadtverordneten-Versammlung sie ablehnen würde. Bei Nichtdurchführung würde eventuell nur der Magistrat hinter schwedische Gardinen kommen und der Staatskommissar würde sie dann durchführen. Mit dieser Erklärung, mit der wirklich die Arbeiterschaft „etwas anfangen“ kann, hat die SPD. die direkte Zuhälterrolle für die SPD. übernommen, um zu verhindern, daß die SPD. nicht gegen zu stimmen braucht; dies gilt aber auch für alle Anträge zu sagen.

Pielich Karl von der SPD. brachte gelegentlich seine Freude über den Nebenbesitz der SPD. zum Ausdruck, welches für uns die Befähigung war für das bereits eben gesagt. Gelegentlich der Besetzung von einigen Kommissionen brach zwischen den Saplern und den Saplern der „Frach“ aus, weil der von der SPD. vorgeschlagene Kandidat der bekannte „Danarbeiter“ Weise für die hohe Zehnjahres — man sprach von über 50 Mark — von Gegnern der Arbeiterschaft bezahlen ließe. Die Feststellung dieser Zatsachen veranlaßte jedoch den „Genossen“ Blant, dem Pielich einen Zwischenruf zu machen, der auch manche Schlussfolgerung zuläßt. Bei der Abstimmung über Weise, dem die Rechte verständlicher Weise zustimmte, erschallte es laut: „Es wird weiter geschlossen!“

Dann entspann sich eine große Debatte über die Breslauer „Fürsorge“, wobei sich

### die Nazifraktion als „Helfer“ der Kriegsoffer

zeigte. Der reittrassige Kurzer verlas zu diesem Zwecke einen Brief des Landesrats Tich (SPD.) an dessen Parteifreund, den Stadtrat Bohleweber betreffs Unterstützung eines 100prozentigen Kriegsrüppels, der in den erdenbar schlechtesten Verhältnissen lebt, wie Zehntausende seiner Leidensgenossen. Trotz aller erbärmlichen Hege Kurzers, die sich gegen alle Kriegsoffer richtete, magte er es, sich und seine Partei als die hinzustellen, welche die Interessen der Kriegsoffer wahrnehmen würde.

Als Genosse Brodke dazu sprach und diese Maulhelden als das bezeichnete was sie sind, hagelte es von seinen des Vorstehers Friedrich Ordnungsrufe, und als B. von den Röhmlingen der Nazis sprach, da blieb den Salzteuer-Männern förmlich die Luft weg und schrien nach dem Staatsanwalt.

Zur Vorlage 219 betreffs Wiederbesetzung der Stelle des Stadtrat Landsberg's stellte Genosse Guhr folgenden Abänderungsantrag:

Unterzeichnete Stadtverordnete beantragen:

Die Stelle eines besetzten Stadtrats ist nicht wieder zu besetzen. Entscheidet sich die Stadtverordnetenversammlung dennoch für die Wiederbesetzung dieser Stelle, beantragen wir,

die Neubesetzung dieser Stelle ist öffentlich auszuschreiben. Das Gehalt wird auf jährlich 5000 Mark festgelegt.

Gleichzeitig verband Genosse Guhr diese Frage mit dem

### Antrag für die städtischen Betriebsarbeiter,

der da lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Am 1. Oktober 1932 sollen die neue abgeschlossenen Reichsmanteltarife G. 9 und B. 6 in Kraft treten. Dieselben bringen wesentliche Verschlechterungen der sozialen Ertragscharaktere der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat wird deshalb ersucht:

1. Diesen Abschluß nicht anzuerkennen, sondern den RM. G. 8 sowie den RM. B. 5 weiter in Anwendung zu bringen.

2. Die Wohlfahrt- und Fürsorgearbeiter sind dem Tarifvertrag der Gemeindearbeiter gleichzustellen.

Bei der Begründung dieses Antrages versuchte Friedrich, unseren Genossen am Weiterreden zu hindern, der ließ sich jedoch nicht hören und forderte, daß die Gelder für den freigewordenen besetzten Magistratsposten für diesen Zweck verwendet werden und forderte weiter, die Durchführung des im Mai auf Antrag der KPD-Stadtväter-Fraktion bereits gefaßten Beschlusses, der da lautete:

Jeder weitere Lohnabbau bei den Arbeitern der städtischen Betriebe und Gehaltsabbau bei den unteren und mittleren städtischen Angestellten und Beamten hat zu unterbleiben.

Weitere Entlassungen von Arbeitern und unteren und mittleren Angestellten und Beamten der städtischen Betriebe dürfen nicht vorgenommen werden.

Da Genosse Guhr sich am Reden nicht hindern ließ, hagelte es erneut mehrfach Ordnungsrufe und Friedrich drohte mit Entziehung des Wortes. Brodke benutzte jetzt die Gelegenheit, um den

### Winterhilfsantrag für die Gemeindefarbeiter

als Zusatzantrag einzubringen und zu begründen. Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Auf Grund des gewaltigen Lohnausfalles bei den städtischen Arbeitern und des bevorstehenden Winters wird den Breslauer Gemeindefarbeitern zwecks Lohnausgleich und Anschaffung von Winterkleidung eine einmalige Wirtschaftshilfe gewährt in Höhe von

Lebige 20 M., Verheiratete 30 M. und für jedes unterhaltungspflichtige Kind je 5 M.

Dieser Antrag wurde vom ganzen „hohen“ Hause einschließlich der SPD. abgelehnt. Letztere gingen sogar soweit, diese Anträge als „Blödsinn“ zu bezeichnen und zu behaupten, sie seien nicht der Wunsch der Gemeindefarbeiter.

Gemeindefarbeiter, Straßenbahner, Hafenarbeiter Breslaus, was sagt ihr dazu? Winterhilfe- und Nichtdurchführungsanträge der Notverordnung sind in den Augen derer, die sich Kuch-Arbeiter, Führer“ nennen, „blödsinnige Anträge“. Es wird an den gesamten Gemeindefarbeitern liegen, diesen Leuten auf ihr arbeiterfeindliches Verhalten die Antwort zu geben.

### Bei der Beratung der Vorlage 248 betreffs der Winterhilfsmassnahmen für die Erwerbslosen und Rentner

nahm Genosse Zylla das Wort. Er zeigte in erster Linie, daß der von der SPD. gestellte Antrag keineswegs dem Bedürfnis der Hungernden entspricht. Dieser Antrag steht in keinem Verhältnis zur ständig wachsenden Not und dem dauernden Unterstützungsabbau. Dann zeigte Z. den Schwindel, den Nazi bis SPD. vom „Preisabbau“ der Arbeitsbeschaffung gemacht haben und stellte dem die raue Wirklichkeit, Salzteuer, Zollerhöhungen für alle Lebensmittel, insbesondere die als Vollnahrungsmittel in Betracht kommen, gegenüber. Dann führte er die Rundfunkreden des Mannes an, der den Anspruch vom „Wohlfahrts“-Staate geprägt hat und der den Reich und Großindustriellen mit Steuerscheinen und Milliarden Steuerzuschüssen über den Hungerwinter hilft. Als Ergänzung brachte er nachstehenden Antrag ein; die SPD.-Fraktion beantragt:

1. Ausgabe von Kohlenscheinen, pro Monat zwei Zentner für Lebige und Verheiratete ohne Kinder, für Verheiratete mit Kindern ein Zentner mehr.
2. Ausgabe von Lebensmittelscheinen im Werte von 2 Mark pro Woche für Lebige, für Verheiratete 4 Mark die Woche, für jedes Kind 1 Mark mehr pro Woche.
3. Unentgeltliche Abgabe von Winterbekleidung einschließlich Unterwäsche und Schuhwerk.
4. Zahlung einer einmaligen Beihilfe und zwar 20 Mark für Lebige, 30 Mark für Verheiratete, 5 Mark für jedes Kind mehr.
5. Einrichtung von Tagesheimen mit unentgeltlicher Abgabe von warmen Essen für alle Bedürftigen unter der Kontrolle der von den Erwerbslosen selbstgewählten Ausschüsse.

Bei der Begründung dieses Zusatz-Antrages hob Genosse Z. hervor, daß die Erwerbslosen auf der Straße den geschlossenen Kampf um diese Forderungen entfachen werden und bereits mit Erfolg entfacht haben, wie die letzten Tage in einer Reihe von Orten bewiesen haben.

Nachdem auch dieser Antrag für die Ärmsten der Armen mit den Stimmen der SPD. bis zu den Braunhosen abgelehnt war, stellte dies Genosse B. ausdrücklich fest. Auf einen Zwischenruf von der SPD., erklärte B., die Arbeiterschaft wird auch bei der nächsten Wahl die Antwort auf euer Tun und Handeln geben, wie sie das bereits deutlich getan hat. Nachdem B. noch die „Selbstverwaltung“ der Gemeinden gezeigt hatte, stellte er den

### Antrag zugunsten der Kriegs- und Arbeitsopfer

ebenfalls als Zusatzantrag. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Für alle am Gehen Behinderten wird jene Straßenbahnfahrpreismäßigung gewährt, wie sie bis jetzt nur den Kriegsschädigten gewährt wird.
2. Allen Beschädigten, ganz gleich, ob sie Kriegs-, Unfall- oder Invalidenrente beziehen, wird ein Mietzuschuß gewährt, wie dieser bereits den Siedlungsmietern zuteil wird.
3. Invalidenrentnern wird vom Magistrat eine Sozialrente ohne Antrag bewilligt, so daß ihr monatliches Einkommen mindestens den Nichttag der gehobenen Fürsorge erreicht.
4. Eine Milderung von bezogener Fürsorgeunterstützung findet bei evtl. Rentennachzahlungen nicht mehr statt.
5. Alle Kriegsbeschädigten, Unfallverletzten und Invalidenrentenempfänger werden bei den durch das Fürsorgeamt durchzuführenden Winterhilfsmassnahmen mit berücksichtigt.
6. Allen Kriegs- und Unfallhinterbliebenen werden die unter Punkt 3-5 gewährten Vergünstigungen zuteil.

Hierbei entpuppten sich die „Freunde“ und „Helfer“ der Kriegsoffer vom Nazi-Steffen über Zentrum-Hübner, der von „Hinterbrannten Anträgen“ und „christlicher Nächstenliebe“ in einem Atemzuge sprach, bis zu Tich und Stope. Dieser (SPD.) wünscht mehr Schnäbel, in Unisdeutsch Bedürfnislosigkeitprüfung. Nazi-Steffen desgleichen, auch richten sich die Anträge gegen Reichsgehe und Verordnungen, die man respektieren müsse und Schriften-Hübner spricht von Agitationsanträgen. Aller dieser Begründungen bedient sich ebenfalls die SPD., die nun einmal für eine „antifaschistische“, „positive“ Parlamentsarbeit ist. Als Gen. Zylla darauf treffend antwortete, versucht der Vorleser ihn auch zu unterbrechen.

Zur Vorlage 240

### Erwerbslosenkleingärten

sprach ebenfalls Genosse Zylla. Hier handelt es sich zunächst um die Gewährung des Reichs, welches bisher 100 Mark wert und jetzt auf 75 Mark herabgesetzt werden soll. Die KPD-Fraktion stellte hierzu den Antrag:

Die Unterzeichneten beantragen, daß der Magistrat eine Erhöhung der Summe auf 100 Mark vom Reich verlangt, — sollte sich dies nicht erreichen lassen, so stellt der Magistrat von sich aus die 25 Mark zur Verfügung.

Nachdem Dr. Soffinka und eine Reihe weiterer die Dinge abzumachen versucht hatte, sprach Genosse Guhr zur Umfriedung der Kleingärten. Innerhalb von 11 Tagen sollen 36 Kleingärtner ihr seit sechs Jahren bearbeitetes Gelände, in welches sie tausende Mark hineingesteckt haben, verlassen. Genosse Guhr liest hierbei einige Stellen aus einem Briefe des Vereins „Immergrün“ vor, und die KPD-Fraktion beantragte:

Der Austausch des Geländes des Vereins „Immergrün“ am Schwarzpöffer mit der Heimstätten-Gesellschaft, Wilhelmstr., wird nicht vorgenommen, sondern der Vertrag wird auf weitere 3 Jahre verlängert.

Diese beiden Zusatzanträge der KPD-Fraktion wurden angenommen.

### Zur Senkung der Realsteuern

beantragte die KPD-Fraktion getrennte Abstimmung, dem auch stattgegeben wurde und stellte folgenden Zusatzantrag:

Der Magistrat wird ersucht, bei sämtlichen Mietern, denen man die Hauszinssteuer erlassen hat, ist auch der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer zu erlassen.

Bei allen Mietern, die ein Einkommen, monatlich bis zu 200 M. haben, ist der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer zu erlassen.

Dieser Antrag wurde jedoch von der gesamten Rechten abgelehnt, vielmehr sich sonst eine Mietentzug für die proletarischen Mieter ergeben hätte und das müßten ja die „Herren“ verhindern. Bei der getrennten Steuerabstimmung zeigten auch die „Masskreuzen“ wieder einmal ihre „Freundlichkeit“ gegenüber den Kleingewerbetreibenden und Kleinlebens-Inhabern, denen sie vorzuschauen, ihre Interessen zu wahren, indem sie trenn und brav für die Senkung der Filialzuschläge stimmten. Die betroffenen Klein-Gewerbetreibenden, die mehr und mehr von den Filialen der Großgeschäftsleute in ihrer Existenz bedrängt werden, werden das den Salzteuer-Männern nicht vergessen und werden sich bedanken für die Gefolgschaft ins „Dritte Reich“.

Arbeiterphotographen. Vom 23.—25. September veranstaltet die Breslauer Ortsgruppe der Arbeiterphotographen in Verbindung mit der neugegründeten Ortsgruppe Strehlen dort eine Photoausstellung. Abfahrt nach dort am Sonnabend, um 15 Uhr, Mauritzusplatz. Kommenden Montag Dunkelkammerabend. Leitung Genosse Pietrek.

### Was liest der Arbeiter?

Das zeigen wir in der großen Buchausstellung vom 23. bis 25. September 1932 in Strehlen, Gasthof „Stadt Breslau“, geöffnet von 10—21 Uhr. Vorlesungen und Vortrag am Sonnabend, den 24. September, um 18 und 20 Uhr.

Seute 4 Uhr spricht Theo Overhagen in Breslau-Gund's felb.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowski in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feudrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schliesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

## PROLETON Tonfilmbühne

Gabitzstraße 20  
Höfchenstraße 49

Ab Freitag, den 23. bis Donnerstag, den 29. September 1932  
Willy Fritsch, Käthe von Nagy. in der reizenden Operette

### RONNY

Musik: Emmerich Kälman — Kapelle: Marek Weber

Und Lachsälven über Buster Keaton in

### Buster rutscht ins Filmland

Tanilschlang im Sullen Ozean

Neueste Tonwochenschau!

Beginn um 4.30 Uhr, letzte Vorstellung um 8.30 Uhr

Sonntag, den 25. September, 2.30 Uhr, Große Kindervorstellung

### Buster rutscht ins Filmland

Arbeiter-Sport-Kartell

### Billiges Fleisch-Angebot

fürs Ohlauer Tor

Suppenfleisch 55-65-4 | Schuppbrat. m. B. 70-4

Schmorfleisch 70-4 | Gehacktes

ohne . . . 80-4 | auch gemengt . 60-4

Schweinebch. m. B. 55-4 | Rindsgulasch . 60-4

Schulter m. B. . 68-4 | Kalbfleisch . 60-75-4

Sämtl. Wurstwaren entspr. billig

Nur bei **WILH. LAND**

Fleischerei u. Wurstfabr., Löschstr. 15

Der hervorragende Rußlandkener

Theo Overhagen spricht nach

10 maligem Besuch der Sowjetunion

über

### Das Leben der

russischen Arbeiter

Freitag, 23. September, nachm. 4 Uhr

Lokal „Zum gelb. Löwen“, Hundsteld

**Leichtbilder!**

### Ogollo - Iphigene

Görlitz, Hospitalstraße 2

Ab Freitag, 23. bis Donnerstag, 29. 9.

Ein Großtonfilm der neuen Produktion

Emil Jannings in

### Stürme der

Leidenschaft

mit Anna Sten

Einer der aufregendsten Unterwelt-

filme die jemals hergestellt wurden

Dazu: Beiprogramm

### Weine

billiger!

Wermutwein

Liter 10 -

Riefengebirgs-

Kräftigerwein

Liter 10 -

Riefengebirgs-

Gewürzwein

Liter 80 -

### Feige

Gottesberg

Fellhammer

Wir liefern

Plakate

Briefbogen

Rechnungen

Programme

Einlaßkarten

Flugblätter

Werke

Zeitungen

Zeitschriften

Massenaufgaben

in Flach- und

Notationsdruck

preiswert

### FORTSCHRITT

AG. FILIALE BRESLAU

Trebnitzer Str. 50

Telephon 484 65

**Der Ernst der Stunde fordert:**

# Einheitsaktion aller hungernden Kumpels!

Hoffmann der Geschäftsführer des B.V. redet von „Erfolgen“, wo die Lebenshaltung der Kumpels auf dem Niveau vom Jahre 1885 angelangt ist — Die Kumpels wollen keine hoffnungslose Hungerleider sein — Nur die Einheitsaktion, die Waffe des Streiks, schafft bessere Lebensbedingungen für den Kumpel, seine Frau und Kinder — Kumpels, vorwärts holt aus zum Gegenstoß!

## Unsere Antwort an Hoffmann

„Um die Selbstkosten dem Preisstande entsprechend zu ermäßigen, waren die Grubenverwaltungen genötigt, auf höhere Leistungen der Arbeiter bei verringertem Lohnsage, sowie auf mögliche Verminderung der Arbeiterzahl hinzuwirken.“  
(v. Festsberg-Padisch über den niederschlesischen Steinkohlenbergbau 1888.)

Am Tage der Verkündung der Papen-Notverordnung, die einen ungeheuren Lohnraub vorrief, am 15. September, hat die „Arbeiter-Zeitung“ zur Einheitsaktion auf der Fuchsggrube gerufen. Vor den Augen der Kumpel rollten noch einmal mehr als zwei qualvolle Jahre des zunehmenden Elends vorüber. Unsere Feststellungen haben bestätigt, daß die Kohlenbarone immer noch dem im Jahre 1888 von v. Festsberg-Padisch aufgestellten Grundsatz, den wir oben zitieren, gehandelt haben. Die Kumpel schürzten sich alle auf die betreffende Nummer der „Arbeiter-Zeitung“. Wir bewerten das als ein Zeichen des wachsenden Willens zur Einheitsaktion gegen die Unternehmerröfse, gegen die Papen-Regierung.

Dem Bezirksleiter des B.V. Hoffmann blieb es vorbehalten, mit Hilfe unserer Feststellungen über den Lohnraub und all die tariflichen Verschlechterungen der letzten Jahre „große Erfolge“ des reformistischen Bergarbeiterverbandes festzustellen. So mancher Kollege des B.V. wird bei Lesen jener Zeilen des „N. in der „Bergwacht“ vom 17. September seinen Augen kaum getraut haben. Aber da steht es schwarz auf weiß:

„Jetzt gehen sie (die Kommunisten) ein, daß der Lohn 1929 und 1930 eine solche Höhe gehabt hat, daß ihn die Unternehmer um 2 Mark senken konnten.“

Wir stellen, sicher im Namen aller Kameraden, auch derjenigen des B.V., fest, daß angesichts dieser Sachlage kein Grund zur Freude besteht. Aber Hoffmann, der Geschäftsführer des B.V., bringt angesichts der Tatsache, daß der Lohn der Bergarbeiter noch vor 2 Jahren um 2 Mark pro Schicht höher war als heute, es fertig, von „Erfolgen“ zu reden. Er wird auch noch von „Erfolgen“ reden, wenn die Bergarbeiter schon keine rote Kartoffel mehr zu essen haben! Auf dem Lebensniveau vom Jahre 1885 sind die Waldenburger Bergarbeiter schon heute angelangt! Wir werden diese erschütternde Tatsache weiter unten beweisen.

Statt die Frage des „hohen Lohnes“ von 1929/30 zu stellen, hätte Hoffmann besser getan, die Frage zu stellen:

**„Wer ist schuld, daß der Lohn in dieser kurzen Zeit um 2 Mark pro Schicht gesenkt werden konnte?“**

Diese Frage kann natürlich Hoffmann nicht stellen, denn er ist mitverantwortlich. Allein durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung, durch den Lohnraub vom Oktober 1931 und vom Januar 1932 wurden die Löhne der Bergarbeiter nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 7 Prozent unter den Stand vom Januar 1927 gesenkt.

Für diese Lohnsenkung ist die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie voll verantwortlich!

Sie hat Brüning verteidigt und seine Notverordnungen toleriert. Diese Tatsache kann selbst ein Hoffmann nicht aus der Geschichte ausstreichen. Auch kein Bergarbeiter darf das je vergessen.

Aus Mangel an vernünftigen Argumenten prügelt sich Hoffmann selbst, indem er schreibt:

„Wer hat denn den Tarifvertrag überhaupt geschaffen und wer hat ihn in zäher, unermüdlicher Arbeit verbessert —?“

Ein Wort zu der „Verbesserung“. Am 14. Juni wurde für den Waldenburger Bergbau ein Schiedsspruch gefällt, der vorrief, daß für die Dauer der Ferienarbeiten nur 70 Prozent des Lohnes gezahlt und der Soziallohn in Krankheitsfällen in Regelfall kommt. Die „Bergwacht“ schrieb dazu: „Die Unternehmer haben in der Urlaubsentschädigung ihren Willen nicht erreicht.“ So wurde die Tarifverschlechterung als ein „Erfolg“ hingestellt. Doch um zu dem Lohnraub zurückzukommen. Laut amtlichen Erhebungen für 1927—1929 bestand bei der Mehrheit der durch Tarifverträge erfassten Arbeiter der größere Teil des Lohnes aus übertariflichem Verdienst. Ein großer Teil der Kameraden muß feststellen, daß das auch bei ihnen der Fall war. Der Arbeitsschutzkomitee der reformistischen Gewerkschaften, Wladimir Wajnski, mußte in der Zeitschrift „Die Arbeit“ vom Januar 1931 feststellen, daß hier in bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarifloser Zustand herrscht.

Die Differenz zwischen Tariflohn und tatsächlichem Lohn gab allen Unternehmern in den letzten Monaten und Jahren die Möglichkeit, den Lohn zu senken, ohne formell den Tarifvertrag zu verletzen.

Die Kohlenbarone im Waldenburger Revier haben davon reichlich Gebrauch gemacht. Sie konnten das, weil die Gewerkschaftsbürokratie die Tarifverträge mit dem Unternehmer am grünen Tisch abgeschlossen haben, ohne die Massen zum Kampf zu führen.

## Der traurige Mut Hoffmanns

Im Zusammenhang mit dem Krümpersystem behauptet Hoffmann erneut, der Gesundheitszustand der Bergarbeiter habe sich gebessert. Das ist eine Lüge, die von Unkenntnis der wirklichen Zustände im Waldenburger Revier zeugt. Tatsache ist, daß die Kumpels auf Grund der Ferienarbeiten und niedrigen Löhne gezwungen sind, sich solange vor Ort zu schleppen, bis sie zusammenbrechen. Die Unfallziffern sind ständig gestiegen. Weitere Kameraden verlassen und noch mehr Ferienarbeiten eingelegt. Das ist der „Fortschritt“ durch das Krümpersystem, von dem Hoffmann im Februar 1931 der Hauptvorstandsitzung des B.V. in Bochum sprach. Mit Recht schrieb ein Kumpel darauf in der „Arbeiter-Zeitung“: „Für Hoffmann wäre es eine gute Lehre gewesen, wenn er sich am 15. Februar auf die Zeichen begeben hätte. Vielleicht hätte er auch dann noch den traurigen Mut ausgebracht, zu erklären, daß „die niederschlesischen Kumpels den Bierhaus-Plan als Fortschritt“ bezeichnen.“

## Die Lebenshaltung der Kumpels auf dem Niveau vom Jahre 1885

Im Waldenburger Land wird nun schon seit dem Jahr 1882 Kohlen gefördert. Eine Generation nach der anderen verbrauchte seine Arbeitskräfte unter der Erde, um den schwarzen Diamanten zu Tage zu fördern. Man sollte glauben, daß die jetzige Generation der Waldenburger Arbeiterschaft ein besseres Leben führt

als deren Väter und Großväter. Bei einem Vergleich der Lebenshaltung eines Kumpels aus dem Jahre 1885 und 1932 mußten wir die erschütternde Feststellung machen, daß sich der Kumpel mit seinem heutigen Lohn noch nicht die Ausgaben besorgen kann, die 1885 geleistet hat, leisten kann.

### Lebenshaltung des Kumpels von 1885

Der oben angeführte v. Festsberg-Padisch hat in seinem Buch die Haushaltsausgaben einer Bergmannsfamilie zu 6 Köpfen (Mann, Frau und 4 Kinder) veröffentlicht.

Der Wochenzettel für 1885 sieht folgendes vor:

6 Brote à 46 Pfg.	2,76 M.
6 Pfd. Mehl à 14 Pfg.	0,84 "
2 Pfd. Butter à 1,10 M.	2,20 "
3 Pfd. Fleisch à 50 Pfg.	1,50 "
3 Liter Milch à 15 Pfg.	0,45 "
¼ Pfd. Kaffee und Cichorie	0,60 "
1 Liter Petroleum	0,24 "
5 Liter Kartoffeln à 7 Pfg.	0,35 "
Seife, Salz und Soda	0,50 "
9,44 M.	

Auf das Jahr umgerechnet konnte sich der Kumpel folgendes leisten:

Miete	84,— M.
Steuern	7,20 "
Haushalt	520,— "
2 Paar Grubenhosen	3,60 "
1 Grubenjacke	4,50 "
1 Paar Grubentiefel	14,— "
1 Paar Sonntagsiefel	12,— "
Für Frau und Kinder Schuhe	18,— "
663,30 M.	

Der Kumpel verdiente in:

300 Schichten à 2,30 M.	690,— M.
Ausgabe	663,30 "

bleiben 26,70 M.

### Lebenshaltung eines Kumpels im Jahre 1932

Ein Bergarbeiter von der Fuchsggrube, der eine siebenköpfige Familie (Mann, Frau und 5 Kinder) hat, überlieferte uns folgende Aufstellung über seine wöchentlichen Ausgaben:

7 Brote zu 4 Pfund	4,80 M.
2 Pfund Fett und Margarine	2,50 M.
3 Pfund Zucker	1,10 M.
2 Pfund Malzkaffee à 20 Pf.	0,40 M.
5 Pfund Mehl	1,20 M.
4 Pfund Fleisch	3,60 M.
45 Pfund Kartoffeln	1,30 M.
Seife	1,— M.
5 ½ Liter Milch	1,20 M.
Gemüse und Hülsenfrüchte	1,50 M.
zusammen für die Woche 18,50 M.	

Die Ausgaben des Kumpels auf das Jahr umgerechnet betragen:

Miete	158,— M.
Licht	24,— M.
Haushalt	888,— M.
Vollfürsorge	86,— M.
Bettung	21,80 M.

Gesamtausgaben 1125,60 M.

Der verdiente Lohn des Kumpels beträgt:

Im August 23 Schichten	100,40 M.
Kindergeld	12,42 M.
Summe 112,82 M.	

Abzüglich Beträge	14,84 M.
Unterstützungskasse	1,— M.
Steuer	1,80 M.

Der Lohn beträgt also	95,88 M.
Umgerechnet auf das Jahr	1144,56 M.
Ausgaben	1125,60 M.

Reist 19,96 M.

## Beantwortet jede Verschlechterung mit Streit!

Der Kumpel von 1932 kann sich also keine Kleider und Schuhe mehr kaufen. Er und seine Familie wird gezwungen, in Lumpen zu gehen. Dieses Elendsleben ist nicht mehr länger auszuhalten, das ist der Gedanke jedes Kumpels.

Trotzdem die Grubenbarone ihren Profit ständig erhöht haben, trotzdem eine neue Maschine nach der anderen half, mehr Kohle zutage zu fördern, trotzdem die Kohlenförderung insgesamt ungeheuer gestiegen ist, blieb die Lebenshaltung des Kumpels von 1932 hinter der des Kumpels von 1885 zurück. Warum?

**Weil die Kohlenbarone ständig beitrebt sein werden, ihren Profit zu erhöhen.**

Die Kapitalistenklasse wird immer noch diesem Rezept verfahren!

Dagegen hilft nur der tägliche Widerstand der Bergarbeiter in gemeinsamer Front, bei Anwendung aller Kampfmittel bis zur Waffe des Streiks. Die Gewerkschaftsbürokratie ist offen gegen diesen Widerstand, gegen die Waffe des Streiks. Mit aller Offenheit sagte das der Gewerkschaftsführer Tarnow in seinem Buch „Warum arm sein?“. Er schreibt dort: „Armut ist kein ökonomisches Miß, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“ Tarnow kennzeichnete belanlich auch die Gewerkschafts- und SPD-Führer als „Aerzte am Kapitalismus“.

Jetzt werden die Kumpels auch verstehen, warum Hoffmann so gegen die Kameraden vom Einheitsverband losbonnert, die immer zum Streit gegen all die Verschlechterungen getrommelt haben! Weil diese Kameraden es nicht verantworten konnten, daß dem Kapital immer und immer wieder nachgegeben wird. Sie handeln mit Karl Marx, der sagte:

„Wenn sie (die Arbeiterklasse) in ihrem täglichen Konflikt mit dem Kapital nachgäbe, würde sie sich selbst der Fähigkeit berauben, irgendeine größere Bewegung zu unternehmen — — — Wenn sie das täte, würde sie zu einer unterjochten Masse zusammengebrochener Hungerleider herabgedrückt werden, denen keine Hilfe mehr zuteil werden kann.“

Auf diesem Weg befindet sich Hoffmann, der ein Heilgehilfe des Kapitalismus ist. Die Kameraden aber des B.V., die Kumpels im Waldenburger Hungerland wollen leben. Sie wollen, daß sie selbst noch und ihre Kinder erst recht ein besseres Leben kennen lernen. Mit der „größeren Bewegung“ meinte Marx den Kampf um den Sozialismus, um die Diktatur des Proletariats. Um diesen Kampf zu gewinnen, ist jetzt, ist jeden Tag der Widerstand gegen die Unternehmerröfse, gegen die Papen-Diktatur notwendig.

Hoffmann stemmt sich dem entgegen, darum muß er bekämpft werden. Er und die gesamte Gewerkschaftsbürokratie hat die Arbeiterklasse gespalten und vom außerparlamentarischen Kampf um ihre Rechte abgehalten.

Hoffmann fordert in einem Rundschreiben alle Kameraden des B.V. auf, sich „an den Arbeitsstellen energisch zur Wehr zu setzen“. Wir fragen, gegen wen? Diese Aufforderung kann sich nur richten gegen die im Wachen begriffene Einheitsfront, gegen den Willen der Kameraden, jeden weiteren Lohnraub, jede Verschlechterung sofort geschloffen mit dem Streit zu beantworten. Dazu werden sich aber die Kollegen vom B.V. nicht mißbrauchen lassen. Die Kameraden vom Einheitsverband fürchten keine Diktation. Im Gegenteil! Sie sind darauf vorbereitet. Hoffmann wird dabei bestimmt den Kürzeren ziehen.

An dieser Stelle wiederholen wir noch einmal das, was in dem Manifest der kommunistischen Partei den Bergarbeitern gesagt wurde:

## Was ist sofort zu tun?

Antwortet mit jeder Art des Protestes und Kampfes auf den Angriff der Unternehmer gegen euren Lohn und eure Arbeiterrechte!

Auf jeden Betrieb, auf jede Abteilung kommt es an!

Bei Bekanntgabe jeder Verschlechterung der Arbeitsbedingungen tretet in der Abteilung, im Betrieb, während der Arbeitszeit oder in den Pausen zur sofortigen Beschlußfassung zusammen!

Wählt in jedem Betrieb und jeder Abteilung eure eigene Kampf-führung!

Wählt eure besten und aktivsten Kollegen, denen ihr eurer Vertrauen im Kampfe gegen die Lohnräuber entgegenbringt! Im Kampfe gegen die Scharfmacher, gegen die faschistische Ausplünderungspolitik darf uns keine Organisationszugehörigkeit trennen! Einmütig müssen wir alle zusammenstehen, gleichgültig, welches Mitgliedsbuch wir in der Tasche tragen! Schließt alle Spalter und Saboteure der kämpfenden Einheitsfrontaktion bei Seite! Es geht um unsere Familien, um unsere Kinder! Es geht um den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Hungerpolitik!

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

**Infomarkt**  
haben in unserer  
Zeitung  
**Carlson Zufolge**

**KAUFHAUS SCHOCKEN**  
Damen-Spangenschuhe  
schwarz oder braun Boxcalf, mit Trotteur-Absatz  
farbig Roßchevreaux, geschweifter od. Trotteurabsatz  
schwarz Lack, geschweifter oder Trotteur-Absatz  
**5<sup>50</sup>**